

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 36. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 11. September 2019
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Florian Spiegel, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andres Bärtsch, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Rolf Adam, Mehmet Can, Manfred Jutzi, Alfred Rellstab, Beatrice Stierli

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
20.10 Uhr 32 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglied in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen von Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: René Amstutz

Geschäft 4473

2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: René Amstutz Geschäft 4474

3. Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.06.2019, betreffend **Abrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof mit Sportplatzenerweiterung Im Brüel** Geschäft 4099C
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat und KBU-Präsident Andreas Bärtsch Geschäft 4099D

4. Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 03.07.2018, betreffend **Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates Allschwil vom 16. September 2015**, 1. Lesung Geschäft 4372
Geschäftsvertretung: KSFVZ-Präsidentin Claudia Sigel Geschäft 4373 / A

5. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2019, betreffend **Projekt-EVA; Abschlussbericht** Geschäft 4477
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser

6. Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, betreffend **Anschaffung von ICT-Geräten an der Primarstufe Allschwil** Geschäft 4478
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff

7. Bericht des Gemeinderates vom 14.08.2019, zum Postulat von Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 23.01.2019, betreffend **Toilettenanlage beim Schiesstand Mühlerain/Plumpi während den Sommer- und Herbsttagen öffentlich zugänglich zu machen** Geschäft 4438 / A
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

8. Interpellation von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 10.04.2019, betreffend **Leistungsausweis kommunale Energiepolitik** Geschäft 4455 / A
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann

9. Interpellation von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 02.05.2019, betreffend **Bevölkerungswachstum Allschwil** Geschäft 4462 / A
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

10. Postulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 20.03.2019, betreffend **Raus aus dem MIV** Geschäft 4448
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

11. Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 05.06.2019, betreffend **für eine PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil** Geschäft 4469
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann

12. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim** Geschäft 4396
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

13. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie** Geschäft 4400
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

14. Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend
Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411

15. Motion von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 15.01.2019, betreffend
Frühförderung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4434

16. Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Verkehrssicherheit überall und für alle
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4452

17. Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Beiträge zu Lärmschutzmassnahmen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4453

18. Postulat von Claudia Sigel, CVP-Fraktion, vom 07.05.2019, betreffend
Silvesterfeuerwerk – zeitliche und örtliche Begrenzung
Teilrevision des Polizeireglementes der Einwohnergemeinde Allschwil (§29)
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4463

19. Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 13.05.2019, betreffend
Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467

20. Postulat von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.06.2019, betreffend
Lärmbelästigungen Schulhaus Gartenstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4471

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 36 vom 11. September 2019

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Florian Spiegel

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Florian Spiegel, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, ich heisse Sie herzlich willkommen zur Ratssitzung vom 11. September 2019 und zur ersten Sitzung vom letzten Jahr der laufenden Legislatur.

Entschuldigt bis jetzt sind Rolf Adam, Mehmet Can, Alfred Rellstab und Beatrice Stierli. Verspätet Philippe Adam. Herr Spinnler macht nun die Präsenz. [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang].

Dankeschön. Wir kommen zu den Mitteilungen des Büros, welches doch aufgrund der Sommerferien einiges zusammengetragen hat. Als erstes möchte ich gerne die beiden neuen Mitglieder im Einwohnerrat begrüßen, Herr René Amstutz für Frau Julia Gosteli und Basil Wagner anstelle von Semra Wagner. Herzlich willkommen. Dann haben wir Austritte aus dem Einwohnerrat und zwar ist das per sofort Flavia Tschan, SP-Fraktion, die zurückgetreten ist, und per 30.9.2019 ebenfalls den Rücktritt von Herrn Lukas Hess, ebenfalls SP-Fraktion.

Dann zu den weiteren Mitteilungen, welche das Büro schon im Sommer oder während der Sommerferien schon ein bisschen vorgearbeitet hat, sind folgende Mitteilungen, die wir machen möchten. Das Büro möchte neu im Rat einbringen, dass wer den Ratssaal verlässt, das hat auch damit zu tun damit Herr Spinnler immer die Übersicht hat über die Leute, die im Saal sind. Wer in Zukunft den Saal verlässt, soll sich bitteschön auf seiner Seite bei einem der beiden Stimmzähler kurz abmelden und zurückmelden, wenn er wieder da ist, damit dieser das weiterleiten kann an Herr Spinnler, für die Übersicht der Anwesenden.

Dann das Zweite ist, man hat, eine neue Protokollantin, einen neuen Protokollanten auf der Gemeinde, welche diese Protokolle schreibt, und möchten darum daran erinnern, dass man bitteschön wartet mit dem Sprechen, vom 1. Vizepräsident das Wort erhalten hat. Er ruft namentlich auf, und erst wenn man namentlich genannt wurde, dass man dann mit seinem Votum beginnt, damit das nachher im Protokoll auch so abgefasst werden kann, damit es nicht zu Verwirrungen führt.

Dann für die, welche aktuell kein WLAN haben, das hat damit zu tun, dass das Passwort geändert worden ist. Sie haben alle dementsprechend von Nicole Müller eine E-Mail erhalten mit dem neuen Code. Mir wurde allerdings mitgeteilt, ich soll diesen nicht öffentlich jetzt sagen, da er wirklich nur für die Ratsmitglieder bestimmt ist.

Weiter möchte ich daran erinnern; wir haben heute noch die Fragestunde. Und einmal mehr ist die Bitte von der Verwaltung gekommen, dass man sich bei der Fragestunde wirklich nur aktuelle und dringliche Fragen stellt, dass die meisten anderen Fragen bitteschön in einem persönlichen Telefon oder einem kurzen E-Mail auf der Gemeindeverwaltung abzuklären, da dies in den meisten Fällen schneller und zweckdienlicher ist und den Ratsbetrieb flüssiger gestaltet. Das soweit zu den Wortmeldungen.

Es liegt uns keine dringliche Interpellation vor, aber wir haben ein dringliches Postulat. Dringlichkeit des Postulats ist gegeben bei einer 2/3-Mehrheit und ich nehme an, ich übergebe nun das Wort an Frau Uccella zur Dringlichkeit.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Dringlichkeit ist gegeben, da es aus der Bevölkerung kommt. Wir sitzen hier drinnen im Rat der Bevölkerung. Und die Bevölkerung hat mich schon einige Male angefragt, ob wir etwas mit diesem Baselmattweg machen können. In den letzten drei Monaten sind bei uns im Baselmattweg acht Katzen überfahren worden. Das haben wir in den letzten paar Jahren nicht gehabt. Wir haben vom Wasgenring eine 30-er-Zone Basel-Stadt, dann kommen solche drei Hübeli und nach dem dritten kann man Vollgas geben. Und zwar bis hin zum Altersheim. Ich habe schon selbst beobachten können, wie ältere Herrschaften mit dem Rollator über die Strasse gingen und es wurde sehr knapp. Ich finde, die Dringlichkeit ist gegeben, auch mit der Umfahrung oder besser gesagt mit der Umgestaltung Baslerstrasse merkt man einfach, dass die Leute immer schön den Baslermattweg nehmen, bis weiter hinunter, bis man vorne bei der Gartenstrasse ist. Auch dort gibt es einen grossen Park mit sehr vielen Kindern und auch älteren Leuten, weil es gibt auch dort eine Alterssiedlung. Der Muesmattweg, da muss ich nicht gross davon reden, da gibt es ganz viele Kinder. Wir haben dort viele Tagesheime, wir haben Kindergarten. Ich muss nun einfach sagen, ich habe jetzt der Bevölkerung zugehört, ich habe gesagt, ich mache gerne was, und auch wenn viele Leute sagen, man muss es in den Quartieren flächendeckend machen - klar ja, bin ich auch dafür. Weil es geht nicht mehr, aber wir können ja mal mit kleinen Brötchen beginnen, und nicht mit einem ganzen Zopf. Ich wäre froh, wenn Ihr mich bei der Dringlichkeit unterstützen würdet. Ich weiss, dass auch bei einer Dringlichkeit der Gemeinderat länger Zeit hat, aber finde es wirklich wichtig, weil der nächste Umbau Lindenplatz bis Morgartenring kommt auch und wir werden immer mehr Autos haben. Und auch nachher, wenn der Umbau fertig ist, die Leute werden immer noch hintenrum fahren, weil man hat jetzt in der Baslerstrasse Kapphaltestellen. Und dies finden die Autofahrer auch nicht lustig. Bitte unterstützt mich, ich fände es wichtig und ich fände es auch ein Zeichen an die Bevölkerung. Dankeschön.

Florian Spiegel, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, zur Dringlichkeit. 1. Wir haben schon einmal ein Postulat gehabt vor kurzem, welches dringlich war im Zusammenhang mit der Baustelle. Der Einwohnerrat hat dann ca. eine Stunde über dieses Postulat diskutiert und am Schluss paradoxerweise abgestimmt, dass es nicht dringlich ist. 2. Ich habe im Nachgang ein Postulat eingereicht, Verkehrssicherheit überall für alle, weil ich es nicht gut finde, dass man so ein Flickwerk von Verkehrssicherheits-Politik macht. Finde ich nicht gut. Darum bin ich auch sehr gespannt gegenüber der Dringlichkeit dieses Postulats jetzt von Pascale Uccella. Wir haben ein Mal Parkraumbewirtschaftung, dann haben wir Tempo 30, dann haben wir Wohnstrassen, dann haben wir Velosicherheit, dann haben wir Quartiersentwicklung mit Durchmischung, wir haben ein Postulat, also die Idee einer attraktiven Verdichtung usw. Und was wir nicht haben, ist eine wirklich gesamtorientierte Verkehrspolitik inklusive Sicherheit. Eigentlich wäre das Postulat Verkehrssicherheit überall für alle von mir aus gesehen dringlich. Der Gemeinderat will es aber nicht einmal entgegennehmen.

Florian Spiegel, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, würden wir zur Abstimmung der Dringlichkeit kommen. Ich erwähne noch einmal, dass eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Wer Dringlichkeit diesem Postulat geben möchte, soll dies mit der Karte für Ja bezeugen. Bitte auszählen. Nein? Enthaltungen?

://:

Sie haben der Dringlichkeit nicht stattgegeben. Mit 17 Ja zu 9 Nein, bei 4 Enthaltungen. 22 Ja wären für die 2/3-Mehrheit notwendig gewesen.

Florian Spiegel, Präsident: Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Wir stellen fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Jetzt Anfrage an den Einwohnerrat, ob Änderungen zur Traktandenliste vorliegen? Wenn das nicht der Fall ist, stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

Wir kommen somit zum Traktandum 1.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen von Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: René Amstutz, Geschäft 4473

Florian Spiegel, Präsident: Uns liegt der Wahlvorschlag vor Herr René Amstutz. Jetzt Anfrage, liegen weitere Nominierungen vor? Das ist nicht der Fall. Ist Stille Wahl bestritten? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Somit ist Herr René Amstutz in stiller Wahl gewählt. Herzliche Gratulation.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: René Amstutz, Geschäft 4474

Florian Spiegel, Präsident: Zu Traktandum 2. Als Wahlvorschlag liegt uns ebenfalls Herr René Amstutz vor. Ich frage auch hier nach, liegen hier weitere Nominierungen vor? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ist Stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist Herr René Amstutz in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.06.2019, betreffend Abrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof mit Sportplatzerweiterung Im Brüel Geschäft 4099C
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat und KBU-Präsident Andreas Bärtsch, Geschäft 4099D

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage an, ob Eintreten bestritten ist? Wenn Eintreten nicht bestritten ist, gebe ich das Wort an den KBU-Präsidenten Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, Präsident Kommission für Bauwesen und Umwelt: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die Kommission für Bauwesen und Umwelt hat die Schlussrechnung für die Schule Gartenhof nach den folgenden Kriterien oder nach den folgenden drei Punkten geprüft: 1. Sind Qualität, Quantität, Termine und Kosten gemäss der Abstimmung vom 9.6.13 am Bau umgesetzt worden? Ist die Schlussabrechnung plausibel und sind die Bauakten vollständig? Entsprechen die erstellten Werke den Nutzeranforderungen und kann die Optimierungsphase, so wie das vom Gemeinderat in seinem Bericht beschrieben wurde, mit der Genehmigung der Schlussrechnung abgeschlossen werden?

Für das erste Prüfziel stellt die Kommission fest, dass der Termin für das Gesamtprojekt vorbildlich eingehalten und die Gesamtkosten um rund 1 Mio. unterschritten wurden. Das Gebäudevolumen ist bezüglich der Abstimmungsunterlagen sogar noch um 8 % vergrössert worden. Gemäss der Nutzeraussagen sind die Vorgaben in Bezug auf einen guten Lernklima und die diversen Anforderungen aus Harmos mit unterschiedlichen Spezialräume gut umgesetzt worden. So sind die vier Kriterien Qualität, Quantität, Termin und Kosten in Bezug auf die Abstimmungsvorlage für das Gesamtprojekt erfüllt.

In Bezug auf den Sportplatz Brüel ist die Kommission von einer falschen Ausgangslage ausgegangen. Beim Sportplatz Brüel sind lediglich zusätzliche Sportplätze erstellt worden und nicht ein

Tribünengebäude, wie es die Kommission angenommen hat, dieses war im Jahr 2006 erstellt worden. Somit kann festgehalten werden, dass die Kosten und die Qualität der Sportplatzenerweiterung ebenfalls erfüllt sind. Für die unpräzise Angabe möchte ich mich entschuldigen. Bei der Prüfung der Plausibilität der Schlussabrechnung hat die Kommission festgestellt, dass die Vergleichbarkeit der Schlussabrechnung mit dem Kostenvoranschlag und der Kostenschätzung sehr schwierig ist. Das ist hauptsächlich der Kostengliederung geschuldet, welche nicht durchgängig ist. Da ist die Kommission der Meinung, dass man dies beim nächsten Projekt verbessern sollte. Die festgestellten Abweichungen der Kostenschätzung oder des Kostenvoranschlags zur Schlussabrechnung konnten von der Planerseite her begründet werden. Im Wesentlichen sind das zusätzliche Leistungen infolge Baugrund oder Mehrleistungen infolge Bauherrenwünschen und anderen, aus der Sicht der Kommission zu wenig erfolgte Planungstiefe in der Umgebung zum Zeitpunkt der Kostenschätzung im Vorprojekt. Die Schlussabrechnung ist somit aus der Sicht der Kommission plausibel. Bei den Bauakten konnte die Kommission feststellen, dass die Abnahme der einzelnen Werke durchgehend protokolliert wurden. Einzig ein Übergabeprotokoll, welches vom Gemeindevertreter unterzeichnet wurde, liegt nicht vor. Die Pläne des ausgeführten Werkes der BWR-Unterlagen, das sind vor allem Revisionsunterlagen, Pläne der verschiedenen Werke, aber auch Brandschutzpläne und Zertifikate liegen aus Nutzersicht noch nicht umfassend vor, oder noch nicht in der gewünschten, aktualisierten Form vor. Weil die BWR-Unterlagen für den Unterhalt aber auch für späteren Umbau, Erneuerungsmassnahmen oder auch Sanierungsmassnahmen sehr wichtig sind, und vor allem bei einer späteren Beschaffung sehr kostenrelevant sind, erachtet es die Kommission als unabdingbar, dass diese Unterlagen komplett und präzise nachgearbeitet vorliegen. Daher erachtet die Kommission diesen Punkt als nicht erfüllt.

Zum dritten Prüfpunkt hat die Kommission mit der Befragung der Nutzer geprüft, ob die Nutzeranforderungen erfüllt sind. Dabei konnte sie feststellen, dass die Nutzer sehr gut in den Planungsprozess eingebunden wurden und phasengerecht für die jeweiligen Entscheidungen beigezogen wurden. Abschlägige Entscheide sind den Nutzern plausibel nach den Kriterien Budget, Machbarkeit und Sichtweise desr Architekten begründet worden. Auch wurden von den Nutzern gewünschte Nachbesserungen bereits teilweise umgesetzt. Trotzdem gibt es aus der Nutzersicht eine Vielzahl von Details, die nicht richtig funktionieren oder nicht ihren Wünschen entsprechen. Die Kommission für Bauwesen und Umwelt hat die Anliegen der Nutzer nach den folgenden Kriterien beurteilt: Für die Kommission für Bauwesen und Umwelt sind Bauteile nicht nutzerkonform, welche ein Sicherheitsrisiko für die Nutzer darstellen. Sei dies im Brandfall oder durch Stolperfallen oder durch unvorhersehbare Krafteinwirkung wie z.B. durch einen Windstoss. Ebenfalls nicht nutzerkonform sind aus der Sicht der Kommission Auswirkungen von Bauteilen oder Ausrüstungen, welche einen negativen Einfluss auf die Lebensdauer von benachbarten Bauteilen haben und zum Unterhalt einen frühzeitigen Ersatzinvestitionen zwingen. Mit diesem Vorgehen hat die Kommission 16 Punkte festgestellt, welche aus der Sicht der Kommission diese Kriterien erfüllen, und vor Ablauf der Optimierungsphase resp. vor der Bewilligung der Schlussabrechnung bereinigt werden müssen. Wie der Leser des Berichts unschwer feststellen kann, ist dieser sehr detailliert abgefasst und in Einzelpunkte und Projekt gegliedert. Ich möchte an dieser Stelle eines festhalten: Es ist nicht die Meinung der Kommission, dass die Einzelpunkte jetzt hier im Einwohnerrat im Einzelnen behandelt werden sollten. Vielmehr dienen diese Punkte als Grundlage für das weitere Vorgehen. Daher wird jetzt an dieser Stelle auch nicht weiter auf diese Punkte eingegangen. Wen es interessiert hat es sicher schon gelesen oder kann es im Bericht nachlesen.

Die Kommission möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat aber auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken. Es ist nicht selbstverständlich, dass bei einem so grossen Projekt, bei einer so langen Planungszeit am Abschluss der Planung alle noch ziemlich emotionslos über gewisse Vorgänge oder gewisse Dinge, welche vielleicht noch nicht so funktionieren, Auskunft geben können. Das hat uns sehr stark beeindruckt. Die Kommission hat zwischen Sommerferien und der ersten Kommissionssitzung mit dem Gemeinderat bereits das weitere Vorgehen abgesprochen und stellt sich sehr gerne zur Verfügung, die Aussagen, welche im Bericht stehen, zusammen mit dem Steuerungsausschuss oder mit dem Gemeinderat im Einzelnen zu erläutern und auszuformulieren, damit die aufgezeigten Punkte, sofern das nicht schon, wie ich gehört habe, teilweise erledigt ist, effizient erledigt werden können.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Kommission für Bauwesen und Umwelt einstimmig dem Einwohnerrat, die Bauabrechnung für den Neubau Schule Gartenhof, den Landkauf der Parzellen A100 und A103 GB Allschwil sowie für die Sportplatzenerweiterung Im Brüel an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, die im Bericht festgehaltenen offenen Punkte zu bereinigen und die revidierte Schlussabrechnung dem Einwohnerrat innerhalb der noch laufenden Legislatur 2016-2020 nochmals zur Genehmigung vorzulegen. Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat als Geschäftsvertretung des Gemeinderats anschliessend Gemeinderat Christoph Morat

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die KBU das Monsterprojekt eigentlich sehr seriös geprüft hat. Es ist bereits die zweite Kommission, welche diese Abrechnung angeschaut hat, nach der FIREKO, die ja mit Hilfe der BDO bereits diese Abrechnung auch schon überprüft hat in wichtigen Punkten. Der Gemeinderat hat der KBU-Bericht vom 19.6.2019 gelesen, analysiert und eine detaillierte Stellungnahme dazu bereits formuliert. Diese hätten wir auch gerne vor der heutigen Einwohnerratssitzung mit der KBU diskutiert. Dies wird nun halt auf später verschoben. Auch ich werde hier in der Einwohnerratssitzung darauf verzichten, auf einzelne Details aus diesem Bericht genauer einzugehen, sondern wir werden das viel lieber im kleinen Kreis mit der KBU, mit den Fachleuten, welche aus Ihrer Mitte in diese Kommission gewählt wurden, anschauen und werden tatsächlich einige Punkte schon bereinigen können. Viele sind auch schon bereits bereinigt worden. Ich könnte ja jetzt auch den Antrag stellen, dass man dem Gemeinderat folgt, bei einer allerdings einstimmigen KBU-Meinung bin ich der Meinung, dass man dieses Verfahren abkürzen kann. Es wird so oder so zur nachträglichen Sitzung kommen und insofern stellt sich der Gemeinderat hier eigentlich nicht weiter in den Weg, dass wir das nochmals miteinander anschauen und dass wir die Punkte noch einmal detailliert miteinander besprechen und Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht einen einzelnen Bericht oder zwei gesonderte Berichte noch einmal zur definitiven Schlussabrechnung stellen werden. Es ist ja klar, der Einwohnerrat muss diese Abrechnung früher oder später genehmigen, und wir sind bereit, hier unseren konstruktiven Beitrag dazu zu leisten. Ich habe geschlossen.

Florian Spiegel, Präsident: Zum Verständnis, Herr Morat, bedeutet das, dass der Gemeinderat seinen Antrag zurückzieht?

Christoph Morat, Gemeinderat: Nein, wir ziehen ihn nicht in diesem Sinne zurück, sondern es ist ja ein Gegenantrag da, und es ist jetzt am Einwohnerrat, darüber abzustimmen, ob der Gegenantrag der KBU den Vorrang erhält oder ob der Antrag des Gemeinderates Vorrang erhält. Aber zurückziehen werden wir ihn nicht.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank für die Präzisierung. Somit wäre die allgemeine Beratung eröffnet.

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen. Wir von der AVP haben diesen Bericht auch gelesen und unterstützen die KBU in ihrem Vorschlag, den sie hat oder in ihrem Antrag. Wir finden es auch wichtig, dass wir jetzt ja nicht zu viel Zeit verlieren mit hier drinnen irgendwelche langen Diskussionen beginnen, wie wir es auch schon gemacht haben. Allenfalls wäre wichtig, sich diese Fehler, die sich eingeschlichen haben in diesem ganzen Schulhausbau, dass wir uns das vor allem hinter die Ohren schreiben für die Zukunft, wenn es dann irgendwann einmal um ein neues Schulhaus geht. Also bevor die Fehler passiert sind. Denn es ist ja eindeutig zu teuer geworden, und die Zimmer sind zu klein usw. usw. Alles, was wir eben jetzt nicht diskutieren müssen. Aber wir danken für die grosse Arbeit der KBU und werden diesem Antrag zustimmen. Dankeschön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will doch ein zwei Punkte dazu sagen. Das Erste, was mir aufgefallen ist, ist das Foto hier des Gemeinderatsberichts. Das kann treffender nicht sein, eine gedeckte Pausenhalle bei Versammlung oder einfach an einem regnerischen Tag haben die Kinder, die darunter stehen, einfach Pech gehabt, weil sie nass werden. Aber das ist ein anderer Punkt. Mehr zum Bericht möchte ich auch nicht sagen. Die sieben Punkte von der Kommission, die gefordert werden, finde ich haben mit höchster Priorität behandeln zu werden. Darum muss die gesetzliche Frist auch zwingend sein. Trotzdem würde ich noch zu dieser Liste ein Punkt mehr ergänzen, das ist wegen der Akustik. Es ist doch schon bedenklich, dass im nicht ganz vollen Betrieb eine Turnhalle nicht gebraucht werden kann von diesen drei, weil es einfach zu laut ist. Ausserdem ist die Dämmung im Schulhaus selber ja auch nicht gerade optimal. Der Lärm in den Gängen erschwert teilweise den Unterricht. Und wieso soll das erst in den zukünftigen Schulhäusern mitberücksichtigt werden und nicht jetzt bereits hier im Gartenhof. Dass man sich dort auch ein bisschen darüber Gedanken macht. Wir von der SVP danken der Kommission für diesen Bericht und werden, und sind auch fürs Zurückweisen. P.S. Ich möchte noch etwas ergänzen, schade ist, dass die Wünsche der Schüler beim Bau dieses Schulhauses nie berücksichtigt worden sind. Das ist einerseits die Gestaltung des Pausenplatzes. Sowie auch bei der Petition der Schüler für einen gedeckten Sitzplatz für Scooter und Trottnet. Vielen Dank.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Auch die FDP-Fraktion dankt als erstes der KBU für diesen sehr ausführlichen Bericht und wir können eigentlich auch

sagen, dass wir auch diesen Anträgen, die gestellt werden von der KBU, folgen werden und die ganze Schlussabrechnung zurückweisen. Was für uns aber auch ein sehr wichtiger Punkt ist, und das wurde auch schon vorher erwähnt, ist eigentlich die Gesprächsbereitschaft, dass wirklich der Gemeinderat und die KBU zusammensitzen und gemeinsam die offenen Punkte, die auf dieser Liste sind, auch besprechen und schauen, welche Punkte eigentlich abgehandelt werden müssen. Ich glaube im Prinzip müssen wir uns immer wieder alle bewusst sein, prinzipiell wollen wir ja alles das Selbe, wir wollen ein toll funktionierendes Schulhaus und es geht nicht darum, dass man mit dem Finger auf einander zeigt, wer hat wo was falsch gemacht. Wir denken es ist deshalb richtig und wichtig, dass man zusammensitzt und schaut, was sind die Dinge, die zu optimieren sind, damit man auch wirklich im Einwohnerrat dieser Schlussabrechnung zustimmen kann. Merci vielmals.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag der KBU zu. Ich konnte selber mitarbeiten und ich fand es sehr professionell, nicht wegen mir, sondern wie die KBU überhaupt funktioniert und wie sie auch geleitet wird. Das hat mich sehr gefreut. Vor allem hat mich auch gefreut, dass die KBU immer eigentlich Motivation hatte, aus diesem Projekt für die Zukunft zu lernen. Nicht zu kritisieren, was alles nicht stimmt oder vielleicht nicht stimmt oder was jemand aus diesem Projekt falsch gemacht haben könnte, aus diesem Projekt zu lernen für die Zukunft. Das habe ich toll gefunden und ich möchte dazu noch etwas Persönliches beisteuern. Es ist bekannt, dass wir das Projekt im Hinblick auf die Volksabstimmung abgelehnt hatten und zwar mit der Begründung, „zu gross, nicht kindgerecht und zu teuer“. Zu dieser Sache möchte ich im Hinblick auf die Zukunft noch etwas sagen. Zu teuer werden öffentliche Bauten dann, wenn sie Prestigeprojekt sind und wenn man nicht beachtet - ich habe wirklich einige Erfahrung - dass das Honorar der Architekten sich an der Bausumme misst und nicht ein Lohn, nicht im Sinn ein Lohn ist. Und wenn man nicht aufpasst, werden aus diesem Grund Bauprojekte immer speziell teurer. Weil es ist natürlich verständlich, dass ein Architekt versucht, möglichst gut wegzukommen. Noch eine Bemerkung zu „zu gross“ und „nicht kindgerecht“: Ich werde ab und zu von anderen Gemeinden angefragt, was ich ihnen empfehle in dieser Hinsicht. Für eine Primarschule empfehle ich ein Schulhaus für 18 Klassen mit einer Ausbauoption auf 24. Natürlich immer für grosse Gemeinden. Kleine Gemeinden müssen nicht 18 Klassen bauen, wenn sie gar nicht so viele haben. Das Schulhaus hier ist in diesem Kriterium eindeutig zu gross und nicht kindgerecht. Das gibt nicht nur Problem wegen der Anonymität, sondern zum Beispiel auch wegen der langen Schulwege usw. Also meine Empfehlung ist auch für Allschwil Schulhäuser, Primarschulhäuser, bei der Sekundar ist es anders, da ist ja eine Gemeinde auch nicht zuständig, Primarschulhäuser für 18 Klassen mit einer Flexibilität im Ausbau für 24 und die Flexibilität ist ein ganz wichtiges Stichwort. Heute sollte man keine Schulhäuser mehr bauen, die so gebaut sind, dass sie nicht veränderungsfähig sind. Und das Schulhaus hier, wenn man das im Unterrichtsbereich anschaut, ist nicht optimal veränderungsfähig. Heute baut man Schulhäuser, welche flexibel veränderungsfähig sind, und zwar weil sich Pädagogik verändert. Danke für die Aufmerksamkeit.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe mir heute ernsthaft überlegt, erst eine Stunde später an diese Sitzung zu kommen, weil ich dachte, heute wird richtig aufeinander eingepöckelt seitens der KBU und seitens des Gemeinderates. Ich bin sehr erstaunt, dass man sich gefunden hat, dass man nicht auf inhaltliche Sachen eingeht, was jetzt gerade gemacht wird, dass beide noch einmal zusammensitzen und das bereinigt. Der Bericht ist jetzt ein halbes Jahr alt. Der Gemeinderat hat bereits gewisse Sachen gemacht. Ich habe im Vorfeld mitbekommen, dass sehr viel Spannung in der Luft liegt diesbezüglich und die SP-Fraktion hütet sich auch heute Abend, irgendwelche inhaltliche Kommentare, was man hätte besser machen können, was man beachten sollte, sondern wir danken heute dem Gemeinderat und der KBU, dass sie sich gefunden haben. Wir verstehen das genau, das Zurückziehen, also wir folgen der Kommission und danken für die gemeinsame Bereinigung der noch offenen Punkte. Besten Dank.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Als im Februar der Einwohnerrat dieses Geschäft der KBU überwiesen hat, war das ein richtiger Entscheid. Und zwar nicht aus Kostenüberprüfungs-Gründen sondern auch von den Inhalten dieses tollen Schulhausgebäudes, wo wir uns jetzt auch darin befinden. Es ist wirklich auch für die CVP ein wichtiger Aspekt, dass dieses Schulhaus auch nach Fertigstellung und jetzt den offenen Mängeln, vor Abschluss der Schlussrechnung fertiggestellt werden. Wir sprechen nicht von normalen Pendenzen, von Mängeln, sondern es geht hier wirklich um sicherheitsrelevante Punkte, welche unter Umständen in einem Schadenfall einen grösseren Kosteneinfluss auf dieses Schulgebäude haben könnte. Deshalb finden wir es wichtig, vor der Absegnung der Schlussrechnung, dass diese wichtigen Punkte abgeschlossen werden können. In diesem Sinne danken wir der KBU für den inhaltlich detaillierten Bericht und begrüssen dann die folgende Zusammenarbeit zu dieser Schlussfindung.

Florian Spiegel, Präsident: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen zur allgemeinen Beratung mehr gibt. Dann frage ich den Rat an, ob er zusätzliche Artikel oder Abschnitte für die Beratung des Berichts wünscht. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4099 E und D abgeschlossen ist.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen des Gemeinderats und der KBU. Ich werde diese beiden Anträge noch einmal vorlesen und sie werden einander gegenübergestellt.

Antrag des Gemeinderates, Seite 13, gemäss Bericht 4099C: *Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Die Bauabrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof, den Landkauf der Parzellen A100 und A103 GB Allschwil sowie für die Sportplatzenerweiterung Im Brüel von CHF 68'567'726.15 wird genehmigt.*

Antrag KBU, gemäss Bericht 4099D: *Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Kommission für Bauwesen und Umwelt einstimmig dem Einwohnerrat die Bauabrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof, den Landkauf der Parzellen A100 und A103 GB Allschwil sowie für die Sportplatzenerweiterung Im Brüel an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit dem Auftrag die im Bericht festgehaltenen offenen Punkte zu bereinigen und die revidierte Schlussabrechnung dem Einwohnerrat innerhalb der noch laufenden Legislatur 2016-2020 nochmals zur Genehmigung vorzulegen.*

Wer dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. Ich stelle fest, niemand. Wer dem Antrag der KBU folgen möchte, soll das bitte mit der Stimmkarte bezeugen. Enthaltungen?

://:

Somit hat der Einwohnerrat einstimmig bei 3 Enthaltungen dem Antrag der KBU auf Rückweisung stattgegeben und somit entfällt die Schlussabstimmung über dieses Geschäft.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Schnell zur Präzisierung: Haben wir jetzt den Bericht der KBU zurückgezogen oder den Bericht des Gemeinderates? Bzw. ist dies ein Rückweisungsantrag an die KBU oder geht der Bericht zurück an den Gemeinderat?

Florian Spiegel, Präsident: Der Einwohnerrat hat dem Antrag der KBU stattgegeben. Zurückweisung an den Gemeinderat.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 03.07.2018, betreffend Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates Allschwil vom 16. September 2015, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: KSFVZ-Präsidentin Claudia Sigel, Geschäft 4372 / 4373 / A

Florian Spiegel, Präsident: Ich weise noch einmal darauf hin, dass es sich um die erste Lesung handelt. Ich frage an, ob Eintreten aus dem Einwohnerrat bestritten wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. In diesem Fall hat das Wort zur Ausführung die KSFVZ-Präsidentin Claudia Sigel.

Claudia Sigel, Präsidentin der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste: Besten Dank Herr Präsident. Sehr geehrte Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Anwesende. Per 25. Januar 2018 ist vom Büro des Einwohnerrates das Verfahrenspostulat eingereicht worden mit dem Inhalt, das Geschäftsreglement Einwohnerrat Allschwil vom 16. September 2015 teilweise zu revidieren. Der Grund dafür liegt vor allem in der Tatsache, dass sich seit dem in Krafttreten des Geschäftsreglements im September 2015 diverse Gegebenheiten geändert haben. Nennenswert dabei sind vor allem die Revision des Gemeindegesetzes per 1. Januar 2018 und Neuorganisation der Verwaltungsführung. Ergänzend zu diesem Verfahrenspostulat hat auch noch die SP-Fraktion ein Postulat gestellt mit dem Inhalt, das Geschäftsreglement sei durch einen neuen

Paragraph mit dem Titel „Aktenaufgabe und Geschäftsverlauf“ zu ergänzen. In der Folge wurde beschlossen, dass beide Verfahrenspostulat überwiesen werden und betraut mit der Überarbeitung dieses Geschäftsreglements ist eben die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste. Am 1. März 2018 wurde sodann dieses Geschäft überwiesen und die Kommission hat mit der Behandlung begonnen. Was die Vorgehensweise der Kommission angeht, ist zu sagen, dass sich die Kommission vor allem auf die beiden Verfahrenspostulate abgestützt hat, inhaltlich auch als ihren Auftrag betrachtet hat. Die Kommission hat, so hat man es mir mitgeteilt, sich intensiv um die Erledigung dieser Aufgabe gekümmert und in der Folge die heute allen vorliegenden Synopse erarbeitet. An dieser Stelle möchte ich meinem Vorgänger, Andreas Widmer, im Namen von allen Kommissionsmitgliedern und selbstverständlich auch in meinem eigenen Namen danken für seine sehr wertvolle Arbeit und ich sitze lediglich hier oben und stelle seine Bemühungen und seine ganze Kraft, die er in dieses Werk gesteckt hat, vor. Was das Formelle angeht, wurde den Ratsmitgliedern der Kommissionsbericht und die Synopse rechtzeitig zugestellt und ich gehe davon aus, alle konnten sich ausführlich mit dem Inhalt beschäftigen, weshalb ich im Moment verzichte, im Einzelnen auf die Synopse einzugehen. Gestern Abend hat sich die Kommission noch einmal getroffen und konnte die bereits eingegangenen Rückmeldungen von gewissen Fraktionen durchgehen. Dabei hat die Kommission auch schon einzelne Beschlüsse gefasst, welche Änderungen aufgenommen werden sollen. Falls dies heute Abend dienlich ist, würde ich mich gegebenenfalls zu Wort melden und das den Ratsmitgliedern mitteilen. Ansonsten würde ich nun gerne das Wort an die Kollegen des Büros hier oben erteilen, zwecks Durchführung der ersten Lesung. Danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Florian Spiegel, Präsident: Somit wäre die allgemeine Beratung eröffnet. Ich sehe keine Wortmeldungen. In dem Fall frage ich an, ob der Rat einen zusätzlichen Artikel oder abschnittsweise Beratung des Berichts der Kommission wünscht. Das ist ebenfalls nicht der Fall. Somit gehen wir zur 1. Lesung Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates vom 16. September. Der 2. Vizepräsident ruft paragrafenweise auf. Der Rat kann sich dazu äussern. Ich bitte darum, wenn wir durchgehen, dass jene Fraktionen, welche ihre Anträge schon eingereicht haben bei den entsprechenden Paragraphen aufheben und sich zu Wort zu melden und ihren Antrag oder ihre Frage dann dort stellen. Jene Fraktionen, welche uns ihre Anträge schon schriftlich zugesandt haben, hat Christoph Ruckstuhl bereit und kann sie dann beim Vortragen auflegen auf dem Visualizer, dass dann die anderen Ratsmitglieder noch visuell wahrnehmen können.

Abschnitt A. Beginn des Amtsjahres und Eröffnung

§ 1 Amtsjahr

keine Wortmeldung

§ 2 Konstituierung (§ 16 Abs. 1 GG)

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ja, geschätzte Damen und Herren. Wir haben wie ihr mitbekommen haben, diverse Anträge gestellt und für die heutige Sitzung gleich mitgegeben. Im Bericht war schon zu lesen, dass wir im Vorfeld, wie das ja auch die Idee gewesen ist, von der Kommission die Anträge, also dass die Kommissionsmitglieder diese in die Fraktionen mitnehmen, auch ganz viele Einträge eingereicht haben. Wir sind dann doch noch etwas schlauer geworden jetzt mit dem Bericht und den anderen Anträgen, die noch kommen werden, und haben ein paar Dinge gefunden, die wir gerne würde dazu Antrags stellen. Jetzt hier wäre es genau dieser § 2 Abs. 3. Den kann man nach unserer Meinung eigentlich streichen, weil der genau dasselbe, findet ihr in Abs., also § 16 Abs. im Büro. Es wird einfach nur definiert, was das Büro ist. Genau der gleiche Satz ist hier nicht wirklich bei der Konstituierung nötig, weil oben in Abs. 1 ist ja schon aufgeführt, eigentlich das Büro detailliert, was konstituiert wird. Es ist einfach nicht als Büro angeschrieben. Kann man aus unserer Sicht dementsprechend auch gerne streichen. Wir geben einfach mit, weil ich glaub der Meinung bin, dass heute einfach Anträge rein kommen. Die Kommissionen schauen noch darauf. Bei der 2. Lesung können sie sich eine Meinung machen und dann eigentlich eine Bereinigung wenn eine zweite Sitzung stattfindet. Besten Dank.

§ 3 Sitzordnung

keine Wortmeldung

§ 4 Terminplanung und Kerngeschäfte

Etienne Winter, SP-Fraktion: Hier haben wir eine kleine Änderung. Offiziell heisst es nicht Finanzplan sondern Aufgaben- und Finanzplan. So definiert im Gemeindegesetz.

Abschnitt B. Pflichten und Rechte des Ratsmitgliedes

keine Wortmeldungen

§ 5 Teilnahme an Sitzungen

keine Wortmeldungen

§ 6 Ausscheiden (§ 13 GG i. V. m. § 132 Abs. 1 GG)

keine Wortmeldungen

§ 7 Mitwirkungsrechte

Etienne Winter, SP-Fraktion: Genau. Das ist, wenn man mal vergleicht, das Landschaftsratsreglement ist sehr sehr ähnlich wie unseres. Also ich nehme an, unseres ist adaptiert worden dort und schon dort steht genau der Satz und heute ist er genau so drin. Wieso? Weil er genau das aufzählt, was wir für Möglichkeiten haben. Die Kommission hat dort noch Ergänzungen gemacht, die eigentlich Ordnungsanträge sind und das sind Anträge zum Verfahren und sind ja eigentlich dort drin schon erledigt. Oder. Generell können wir Anträge zur Sache, zum Verfahren und Vorstösse einreichen. Das ist das, was wir können und aus unserer Sicht müsste man das gar nicht so ergänzen, weil das Ganze wird ja dann hinten noch aufgeteilt, was Ordnungsanträge sind. Darum würden wir vorschlagen, dass wir das eigentlich so behalten. Es gilt das Gleiche, wie das in anderen Reglemente auch schon ist. Besten Dank.

§ 8 Auskunftsrecht

keine Wortmeldungen

§ 9 Aktenauflage und Geschäftsverlauf

keine Wortmeldungen

§ 10 Weiterbildung

keine Wortmeldungen

§ 11 Entschädigung

keine Wortmeldungen

§ 12 Offenlegung von Interessenbindungen und Ausstandsregelung

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe hier eine Frage dazu, zum § 12. a. 4, Die Ratsmitglieder treten bei Geschäften, die sie unmittelbar betreffen, in den Ausstand. Meine Frage dazu ist: Wer definiert, was unmittelbar ist?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ganz plump gesagt, für die Auslegung des Geschäftsreglements ist der Präsident verantwortlich. Das steht drin.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das eine Bestimmung ist, die im Geschäftsreglement eigentlich nur das wiedergibt, was aus dem Gemeindegesetz hervorgeht. Und das heisst, das ist etwas, bei dem wir keinen Spielraum haben. Unmittelbare Betroffenheit bezieht sich darauf, dass natürlich alle, die hier drinnen sind, in irgend einer Weise, sei es als Einwohner- oder als Vertreter von bestimmten Interessen betroffen sind. Das kann natürlich nicht der Massstab sein, sondern unmittelbar betroffen ist man halt dann, wenn es einem quasi nur persönlich betrifft. Ich glaube, das ist so ungefähr der Inhalt von dieser Bestimmung. Dankeschön.

Abschnitt C. Organisation des Rates

keine Wortmeldungen

§ 13 Organe des Rates

keine Wortmeldungen

Abschnitt C I. Leitungsorgane

keine Wortmeldungen

§ 14 Die Ratspräsidentin, der Ratspräsident

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben hier einen Antrag gestellt. Das heisst als Ergänzung, scheinbar war ja hier die Unterstützung des Hausjurists doch ein Punkt, der behandelt worden ist. Wir sind der Meinung, dass man das ergänzen müsste mit lit. h, d.h. die Ratspräsidentin, der Ratspräsident kann eine interne oder externe juristische Unterstützung beziehen. Es können Fälle entstehen, bei denen der Hausjurist befangen ist, weil er halt ein Gemeindejurist ist und dementsprechend kann hier die Präsidentin, der Präsident entsprechend anders reagieren und extern jemanden beziehen.

§ 15 Vizepräsidentinnen / Vizepräsidenten

keine Wortmeldungen

§ 16 Büro

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Auch hier haben wir einen Antrag zu § 16 i. Dort geht es darum, dass „Es bestimmt nach Rücksprache mit dem Gemeinderat die Traktandenliste für jede ordentliche Sitzung.“. Ich weiss nicht, was im Büro so üblich gewesen ist, aber wir sehen nicht den Sinn, wieso mit dem Gemeinderat Rücksprache genommen werden muss, wenn es um die Traktandenliste geht, die macht ja grundsätzlich das Büro. Dankeschön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich meine, das liegt deshalb, das steht deshalb so drin, weil eben dem Gemeinderat obliegt die Buchführung des letzten Endes. Aber das müsste man jetzt halt nochmal genauer abklären.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Rein zur Orientierung. Uns sind noch vom Büro Anträge entgegen geflogen. Innerhalb des Büros, die auch Anträge gemacht haben. Das wäre jetzt ein Antrag, der auch dort besprochen worden ist. Stellt das Büro auch noch selber Anträge oder sind die... kommen die nicht?

Florian Spiegel, Präsident: Das Präzisierungsbüro hat in der Vorarbeit der Teilrevision die Verwaltung mit einbezogen, wie inwiefern sie Erfahrungen gemacht haben mit gewissen Abläufen ist, die aus ihrer Sicht

in den letzten Jahren teilweise hinderlich gewesen sind, die man optimieren könnte. Das Büro hat diese Punkte via Kommission eingegeben. Das Büro selber hat beschlossen, wir stellen keine Anträge, sondern wir haben beschlossen, wir geben das via Kommission.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine weitere Frage. Das wäre zu Abs. 6 „Leiterin oder Leiter der Gemeindeverwaltung nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.“. Meine Frage ist, ist das obligatorisch, dass der Gemeindeverwalter dabei ist oder nicht? Dankeschön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja es ist nicht obligatorisch. Aber man kann glaube ich sagen, es ist einfach sinnvoll, wenn die Verantwortung der Durchführung der Einwohnerratssitzungen beim Gemeinderat liegt, dann muss ja irgend ein Zusammenspiel funktionieren zwischen Gemeinderat und Büro Einwohnerrat. Wir haben diese Diskussion im Gemeinderat auch schon geführt. Ich habe das auch schon an das Büro herangetragen. Es ist auch ein Thema, ja wie weit macht das Sinn dass der Leiter Gemeindeverwaltung ist, der ohne.. oder einfach nur mit beratender Stimme teilnehmen kann. Ob es nicht sinnvoller wäre, das Gemeindepräsidium wäre dann an den Bürositzungen, wenn es um Traktanden geht, nicht inhaltliche Diskussionen. Aber um Traktandenzusammenstellung wäre es aus Sicht des Gemeinderates sinnvoller, das Präsidium wäre eigentlich da drin, da der Leiter der Gemeindeverwaltung, der ja nachher Rücksprache nehmen muss mit dem Gemeinderat. Und letzten Endes ist das ja nur eine Schlaufe ist, eine zusätzliche. Aber ich habe gedacht, wir behalten dies mal noch zurück für die 2. Lesung. Dann können wir es auch noch einmal überlegen, was da wirklich Sinn macht. Es geht auch um das Thema, Thomas Pfaff hat es mir gerade gesagt, dass einzelne Geschäfte der Gemeinderat weiss, wie weit man ist bezüglich der Zusammenstellung der Unterlagen oder überhaupt vom Bericht-Erarbeiten. Dann kann man natürlich die Traktandenliste einfacher erstellen, zusammen mit dem Büro. Das ist eigentlich ein Zusammenspiel. Mehr ist es nicht.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe auch noch eine Anmerkung zu i, Erstellung der Traktandenliste. Wenn ich auf die Post gehe, dann ziehe ich dort Nummerli und dann weiss ich, wann ich ungefähr an die Reihe komme. Wenn ich hier einen Antrag einreiche, weiss ich das nie. Was ich aber sicher weiss, wenn der Gemeinderat meinen Vorstoss zur Nichtentgegennahme taxiert, dann ist er in einer Endlosschleife. Ist er in der Endlosschleife, dann geht es etwa ein Jahr, bis er überhaupt besprochen wird, ob er relevant ist. Und dann geht es noch einmal, wenn er dann relevant ist, dann geht es noch einmal eine Zeit, bis er bearbeitet ist. Also mit so einem so schwerfälligen Demokratiebetrieb habe ich meine grösste Mühe. Ich weiss nicht, wie man das anders formulieren kann, aber ich möchte einfach diesen Punkt, auf diesen Punkt hinweisen, dass ich den sehr ungünstig finde für eine produktive und kreative Demokratie.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Merci. Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Zurück zur Funktion des Gemeindeverwalters. Der Gemeindeverwalter oder die Gemeindeverwalterin hat eigentlich die Funktion des Chefkochs. Die müssen wissen, ist das Menu bereit oder nicht. Ich gehe davon aus, dass der Gemeindeverwalter weiss, was läuft, welche Geschäfte bereit sind, was kann man mit dem Einwohnerrat diskutieren, was kann man uns vorlegen oder was ist noch nicht bereit. Dort macht es ganz sicher Sinn, dass zuallererst Mitglieder oder die Vertretung, der Gemeindeverwalter oder die Gemeindeverwalterin hat, wobei ich weiss, wie weit ist der Gemeinderat, es kann mir niemand sagen, der Gemeinderat weiss mehr als er, er ist ja wirklich à jour. Er müsste zu allererst wissen, was auf der Abteilung läuft, was läuft seitens des Gemeinderats. Von daher gehört er ganz klar dazu. Zu allererst als Vertreter der Verwaltung oder des Gemeinderats.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Es geht nicht darum, ob es richtig oder falsch ist, dass er dabei ist. Das will ich auch nicht abstreiten. Es geht nur darum, ist es obligatorisch, muss er dabei sein oder darf er dabei sein. Das war die Frage.

Abschnitt C II. Kommissionen

keine Wortmeldungen

§ 17 Aufgaben und Befugnisse (§ 19 VOR)

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Auch noch einmal eine Frage zum Absatz 2. Da steht: „Diese Berichte werden allen Ratsmitgliedern zugestellt.“ Wer macht das? Rein inhaltlich vom Absatz her. Dankeschön.

Christoph Kellermann, 1. Vizepräsident: Wir nehmen diese Frage mit und beantworten sie das nächste Mal.

§ 18 Berichterstattung

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Dort haben wir einen neuen Absatz, den wir gerne einführen würden, rein aus den Erkenntnissen der letzten Jahre. Es kommt immer wieder vor, dass Kommissionen eine kritische Haltung haben, sei es die Geschäftsprüfungskommission oder eine normale Kommission, bezüglich eines Umstands des Gemeinderats oder anderen. Und die Kommission ist ja nicht verpflichtet, sich diese Person einmal anzuhören, respektive diese Behörde. Aber der Bericht sehen wir als Vorteil, wenn der Entwurf des Berichts, wenn man Mängel feststellt oder irgendetwas kritisiert, wenn das vorab noch dieser Behörde zur Kenntnis geben muss oder soll. Was macht das für einen Sinn? Diese Diskussion haben wir in der GPK gehabt, wenn wir eine Überprüfung haben. Das heisst, diese Behörde kann noch einmal darüber schauen kann, sagen, uiii, schaut mal, das hätte man vielleicht dort nachschauen können, das ist vielleicht dort gewesen. Oder, weil wenn dieser Bericht raus ist, dann ist er in der Öffentlichkeit. Dann passiert das, was hier drin schon öfter passiert ist, dass sich die Leute gegenseitig auf die Birne geben. Was eigentlich keinen Sinn macht, sondern, denn die Kommission sollte eigentlich eine Hilfestellung sein. Deshalb würden wir gerne diesen Absatz reinnehmen, dass wenn man Mängel oder Beanstandungen hat, dass man vorab den Berichtsentwurf zur Gegenlesung bzw. zur Stellungnahme gibt. Man muss nichts ändern. Man kann fest darauf beharren, aber man könnte noch Fehler ausmerzen, die vielleicht ein Verständigungsproblem gewesen sind. Damit es einfach gegen Aussen adäquat in Erscheinung tritt. Darum einfach dies mitgeben zum Prüfen. Merci.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, lieber Etienne. Irgendwo durch bin ich einverstanden damit, aber ich muss ehrlich sagen, wenn ich meinen Bericht zur Korrektur an den Gemeinderat übergebe und der dann wieder zurück kommt, finde ich das ein bisschen heikel. Ich würde vorschlagen, in so einem Fall könnte man allenfalls Fragen stellen, wenn man merkt, dass man da ein bisschen zu sehr kritisiert, dass man dem Gemeinderat vorab ein bisschen Zeit gibt, um das zu beantworten.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Anwesende. Aus meiner Sicht müsste man noch Fristen definieren. Weil, wir haben es gerade vorher von Ueli Keller gehört, dass es schwerfällig ist und wenn ich jetzt schaue, wenn ich meinen Bericht abgebe, dann ist das meistens auf den letzten Drücker. Und wenn ich mir vorstelle, dass das jemand auf der Verwaltung noch lesen muss, ja, dann werden die Fristen einfach immer länger. Ich sage jetzt nicht, dass die Verwaltung langsam ist, das will ich richtig verstanden haben, sondern, wenn ich schaue, wie im Moment gerade Geschäfte reinkommen und welche Fristen uns in der Kommission gesetzt werden, dann ist das schnell einmal plus einen Monat mehr, also plus einen Monat länger. Das muss man sich einfach bewusst sein. Und ich kann diesem Antrag zustimmen. Ich finde ihn grundsätzlich gut, aber ich möchte beliebt machen, dass man mit reinnimmt, dass wenn der Bericht vor dem Abgabetermin in die Verwaltung soll oder an die angesprochene Stelle und wie viel Zeit diese hat, um ihn anzuschauen, so dass man nachher dann auch gleich safe ist.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Diese Bestimmung tönt ein bisschen danach, als ob es um ein rechtliches Gehör geht. Aber wir sind hier in der Politik und nicht in der Justiz, sondern in der Verwaltung. Darum ist dies vermutlich nicht der richtige Ansatz. Ich glaube, das Problem ist woanders, nämlich wenn die Verwaltung oder der Gemeinderat nicht dabei sind, wenn solche Berichte beraten werden, dann kann es zu Missverständnissen kommen, kann es dazu kommen, dass eine Kommission sich in irgendetwas verrennt. Und ich glaube dort müsste man ansetzen. Also es sollte eigentlich nicht die Regel sein, dass Kommissionen tagen, ohne dass irgendjemand, der dieses Geschäft vorbereitet hat, dabei ist. Oder allenfalls auch der zuständige Gemeinderat. Dort liegt es. Und wenn man den entsprechenden Informationsfluss hätte, dann kann es schon gar nicht so weit kommen, dass solche Fehler auftauchen. Danke.

§ 19 Zurückstellung

keine Wortmeldungen

§ 20 Ständige Kommissionen (§ 104 Abs. 1 GG)

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Wir haben es ja gerade am Anfang des Kommissionsberichts gehört, bis man mal die Namen für die Kommissionen, die wir heute haben, ausgesprochen hat, ist das eher ein Zungenbrecher und man soll doch schauen, ob man das nicht mal ein bisschen abkürzen könnte. Weil ich muss jedes Mal, das muss ich ehrlich sagen, wenn ich bei diesem oder jenem Bericht von dieser Kommission zuerst googeln muss, wie die nochmal heisst und die Abkürzungen findet man irgendwie nie und dann muss man sie wieder zusammensuchen. Einfach so als Input, würde auch für das ganze Ablaufprozedere für alle eine Nettigkeit sein. Vielen Dank.

§ 21 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, FIREKO (§§ 98-100 GG, § 7 GO)

Etienne Winter, SP-Fraktion: Auch dort Aufgaben- und Finanzplan, statt nur Finanzplan alleine. Nur zum Redigieren.

§ 22 Geschäftsprüfungskommission, GPK (§§ 101-103 GG; § 15 GpR; § 6 GO)

keine Wortmeldungen

§ 23 Kommission für Bauwesen und Umwelt, KBU

keine Wortmeldungen

§ 24 Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, KBS

keine Wortmeldungen

§ 25 Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Dienste, KSD

keine Wortmeldungen

§ 26 Nichtständige Spezialkommissionen (§ 104 GG; § 19 VOR)

keine Wortmeldungen

§ 27 Mitwirkung Gemeinderat und Verwaltung (§ 127, 128 GG)

Etienne Winter, SP-Fraktion: Hier geht es um Absatz 6. Der wurde gestrichen. Weil es heisst: „Der Gemeinderat wird die Traktanden der Kommissionssitzung informiert.“. Wenn man den alleine liest, meint man der Gemeinderat müsse über jede Kommissionssitzung Bescheid wissen. Im Titel heisst es ja Teilnahme Gemeinderat und ich glaube, das ist so. Das ist genau wie vorhin ja gesagt, die Kommission kann immer externe Personen bzw. von der Verwaltung beiziehen zu solchen Geschäften oder den Gemeinderat selbst. Und wir haben dies nun so umformuliert, dass wenn man eingeladen wird, sollte man möglichst nicht erst ad hoc an der Sitzung informiert werden worum es geht, sondern die Kommission soll auch im Vorfeld informieren, zu was man eingeladen ist und wie der Umstand ist. Also behalten wir diesen drin und ändern ihn ein bisschen ab. Ich glaube, so ist der Sinn, der vorher vorhanden war, auch wieder gewährleistet.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben auf § 27 ² das als die Befugnis für die Kommission angeschaut. § 27 Abs. 5: „Die Kommissionen können vom zuständigen Gemeinderat, der zuständigen Gemeinderätin weitere Unterlagen oder ergänzende Berichte verlangen.“ Gehört dies nicht unter § 17 Aufgaben und Befugnisse der Kommissionen?

§ 28 Beizug externer Personen an Kommissions- und Bürositzungen

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Hier haben wir einen Antrag. Es geht um Absatz 1. „Die Kommissionen können mit Zustimmung des Büros auswärtige Sachverständige mit einbeziehen, gegenüber im Rahmen des Budgets.“ Die Frage ist welches Budget haben wir überhaupt, als Kommission? Gibt es das Budget und wie hoch ist es? Braucht es das überhaupt und andererseits, warum müssen wir jetzt Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wieder damit belästigen. Grundsätzlich sehe ich das als Aufgabe des Büros. Dankeschön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Wir sind auch an diesem Paragraphen gestolpert. Wir haben einfach noch die des Büros noch eingefügt. Zuerst wollte ich den Gemeinderat rausbauen in diesem Sinn. Weil der Einwohnerrat ist ja nicht dem Gemeinderat schuldig. Zur Kenntnisnahme sage ich, weil das ja die Geschäftsleitung ist. Mir wurde aber gesagt, es macht vielleicht Sinn, den Gemeinderat ebenfalls zu informieren, dass er weiss und vielleicht auch noch Stellung nehmen kann. Einfach noch zur Kenntnis, wir hätten hier auch noch diesen oder jenen in der Verwaltung, der ein bisschen, es ist eigentlich nur eine Kenntnisnahme aber primär muss natürlich das Büro informiert werden. Weil das ist ja eigentlich die richtige Anlaufstelle.

§ 29 Regeln für die Durchführung von Kommissionssitzungen

keine Wortmeldungen

§ 30 Verfahren

keine Wortmeldungen

§ 31 Zuweisung Geschäfte an mehrere Kommissionen

keine Wortmeldungen

§ 32 Ersatzmitglieder

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Hier habe ich auch eine Bemerkung und eine Frage dazu. Grundsätzlich ist, dass in § 32 die Ersatzmitglieder in den Kommissionen nicht zwingend ist, d.h. wir müssen als Fraktion die Ersatzmitglieder nicht bestimmen. Grundsätzlich. Das ist gemäss erhörter aufsichtsrechtlichen Anzeige vom 7. Mai des Regierungsrates Basel-Landschaft, in der sie ganz klar sagen: „Die Auslegung ist keine zwingende Vorschrift.“ Da müssen wir uns Gedanken machen, ist das jetzt so, nehmen wir diese Ersatzmitglieder auch wieder obligatorisch zwingend rein oder nicht? Dankeschön.

§ 33 Protokolle der Kommissionen (§ 9 Abs. 2 VOR)

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Gemeinderat, geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir haben auch noch ein paar Anträge und das ist der erste, den ich Ihnen mit auf den Weg geben darf. Und zwar geht es beim § 33 um Abs. 2, in dem vorgeschlagen wurde, die Neuformulierung der Seite, das ist von der Kommission gekommen, aus ihrer Mitte. Sie schlagen vor, das heisst: „einem mit beratender Stimme teilnehmenden Ersatzmitglied... einer durch die Verwaltung zur Verfügung gestellten Person übertragen werden. Wir möchten gerne, dass es nicht heisst wird durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt, sondern durch die Verwaltung organisierte kommissionsfremde Person übertragen werden. Ich glaube, sie sehen es vorne. Und zwar geht es darum, dass wir ja vorwiegend eine externe Protokollführerin oder Protokollführer zur Verfügung stellen. Und das wär so klarer darauf hingewiesen. Es ist nicht eine wahnsinnig wesentliche Änderung. Aber vielleicht ist es ein bisschen klarer.

§ 34 Beschlussfassung

keine Wortmeldungen

§ 35 Informationsrechte

keine Wortmeldungen

Abschnitt C. III. Fraktionen

keine Wortmeldungen

§ 36 Zulassung

keine Wortmeldungen

§ 37 Aufgaben

keine Wortmeldungen

§ 38 Vertretung

keine Wortmeldungen

§ 39 Berechnungsschlüssel

keine Wortmeldungen

§ 40 Ratsdienste

keine Wortmeldungen

Abschnitt C. IV. Konferenz Fraktionspräsidien

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Das geht in die gleiche Stossrichtung wie Henry Vogt vorhin gesagt hat. Und zwar ist festgeschrieben, dass wir die Unterstützung der Verwaltung, vom Gemeinderat haben. Wir haben einen Weibel und haben ein Sekretariat. Aber nirgends ist eigentlich festgeschrieben, dass wir auch einen Anspruch haben und uns einen Anspruch selber geben, dass wir auch einen juristischen Experten haben. Wir haben einfach gedacht, dass so ein Passus, resp. so ein Absatz wäre bei Ratsdiensten, weil es ist ja ein Dienst am Rat ist, eigentlich am besten. Ich habe das wohlwollend zur Kenntnis genommen. Unser Antrag steht ja, dass die Verwaltung bei Bedarf gestellt wird, aber da kommt auch wieder die Frage nach extern / intern, macht das sicher auch Sinn. Einfach mal mitgeben für die Sitzung. Aber wir haben es einfach unter 40 zusammengefasst.

§ 41 Zusammensetzung

keine Wortmeldungen

§ 42 Pflichten und Rechte

keine Wortmeldungen

Abschnitt D. Geschäfte

keine Wortmeldungen

Abschnitt D. I. Parlamentarische Vorstösse

keine Wortmeldungen

§ 43 Motionen

keine Wortmeldungen

§ 44 Postulate

keine Wortmeldungen

§ 45 Behandlung von Motionen und Postulaten

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat hat hier einen kleinen Wunsch, den er sehr wichtig findet. Vorgesehen ist ja, dass diese Motionen in Zukunft, zumindest die Stellungnahme des Gemeinderates nach einer Frist von zwei Monaten erfolgen sollen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das nicht nur sportlich ist, sondern fast unrealistisch. Deshalb möchten wir Euch mit auf den Weg geben, dass man aus den zwei drei Monate macht, also noch einen Monat zugeben, damit wir das auch in einer realistischen Zeit abarbeiten können.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wenn der Gemeinderat einen Vorstoss nicht entgegennehmen will, dann steht in der Traktandenliste manchmal einfach ganz sec: „Antrag des Gemeinderates Nichtentgegennahme“. Man kennt aber die Gründe dafür nicht. Wäre der Gemeinderat bereit, ich stelle noch keinen Antrag, in Zukunft eine kurze Stellungnahme abzugeben, wenn er etwas nicht entgegennehmen will? Damit man sich auch schon entsprechend vorbereiten kann. Dankeschön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, ich kann da Folgendes dazu sagen: Ich meine, wir müssen diese Geschäfte ja im Rahmen von der Gemeinderatssitzungen immer behandeln und dort erhalten wir die Begründungen in diesem Sinne auch auf einem Papier zusammengefasst, also sprich in einem Arbeitspapier. Und von daher könnten wir uns das schon vorstellen, dass wir das eigentlich weitergeben würden. So dass Sie Kenntnis hätten, warum wir etwas nicht entgegennehmen. Aber wir müssen wahrscheinlich schauen, wie wir das dann in unsere Form der Einladung bekommen.

§ 46 Vertretung bei parlamentarischen Vorstössen

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Auch hier habe ich einen Antrag gestellt. Im Text steht [...] so bestimmt sie ein Ratsmitglied als Vertretung. Das war ja noch nie der Fall, nicht in den letzten 3 ½ Jahren, dass der Rat eine Vertretung bestimmt, bevor die Fraktion überhaupt die Vertreter schon grundsätzlich hat. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir da eine Änderung vornehmen und dass es neu heissen soll: „Ist das verfassende Ratsmitglied eines parlamentarischen Vorstosses nicht persönlich anwesend oder nicht mehr im Rat, so wird der Vorstoss von der betreffenden Fraktion vertreten. Dankeschön.“

§ 47 Erfüllung und Abschreibung von Motionen und Postulaten

keine Wortmeldungen

§ 48 Resolutionen

keine Wortmeldungen

§ 49 Petitionen

keine Wortmeldungen

§ 50 Interpellationen

Etienne Winter, SP-Fraktion: Der Stand heute definiert im Geschäftsreglement ist, dass Interpellationen mit der Beantwortung eigentlich erledigt sind. Das heisst, sie müssten eigentlich traktandiert werden. Sind nämlich schon erledigt. Ich würde einfach vorziehen, dass man nach der Beratung aus dem Einwohnerrat, wenn der Einwohnerrat beraten hat, ist es eigentlich erledigt. Wobei, ja ich glaube, die Kommission hat einen Antrag gemacht mit der Umsetzung. Aber da sehen wir auch ein bisschen Schwierigkeit. Aber eben, dass man das präzisiert, dass man Beratung nimmt und nicht mit der schriftlichen Beantwortung. Ist abgeschrieben.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Auch hier ist der Gemeinderat nicht ganz so sportlich unterwegs, wie Sie sich das wünschen. Und deshalb stellt er Ihnen den Antrag, dass man da nicht spätestens schreibt in der übernächsten Sitzung, dass die Antwort dann erfolgt, sondern in der Regel. Dann haben wir wenigstens ein bisschen Luft, wenn es nicht funktioniert. An der übernächsten Sitzung wären wir froh, wenn das so nicht heissen würde. In der Regel anstatt spätestens.

Dann haben wir noch etwas zu Abs. 5. Ich muss es noch einmal genau nachlesen. Wir sind der Meinung, dass man diesen ersatzlos streichen könnte. Und zwar deshalb, weil wenn eine Interpellation erst dann als erfüllt gilt, wenn die Massnahmen, welche in der Interpellationsantwort aufgeschrieben sind, eben erst umgesetzt sind und im Geschäftsbericht erwähnt sind, ist der Zeitpunkt einer Abschreibung in der Interpellation nicht mehr eindeutig definierbar. Weil dann eben die Umsetzung wieder interpretiert werden kann. Deshalb sind wir der Meinung, dass man diesen Absatz 5 ersatzlos streichen könnte.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Zu § 50 Abs. 3 haben wir noch einmal einen zusätzlichen Antrag. Es geht lediglich darum, dass wir dem Gemeinderat und Verwaltung mehr Zeit geben möchten. Wir möchten, dass der erste Satz heisst: „Der Gemeinderat antwortet spätestens nach drei Monaten.“. Dankeschön.

§ 51 Dringliche Behandlung

keine Wortmeldungen

§ 52 Budgetanträge

keine Wortmeldungen

§ 53 Verfahrenspostulate (§ 47 i.V.m. § 115 GG, § 10 VOR)

keine Wortmeldungen

§ 54 Kleine Anfragen

keine Wortmeldungen

§ 55 Fragestunde

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Nur schnell eine Präzisierung. Da bin ich auf einen Gender Gap reingefallen. Das heisst Fragensteller, nicht Fragenstellende. Wenn das gemacht ist, ist das dem Geschäftsreglement auch würdig.

Abschnitt D. II. Berichte an den Rat

keine Wortmeldungen

§ 56 Form

keine Wortmeldungen

§ 57 Budget (§ 158 GG)

keine Wortmeldungen

§ 58 Frist

keine Wortmeldungen

§ 59 Überweisung an Kommissionen

Etienne Winter, SP-Fraktion: Auch hier haben wir einen Gegenantrag, oder Änderungsantrag. Wir würden präzisieren, sofern das Büro keine direkte Behandlung im Rat beschliesst. Also wir sind der Meinung, das Büro ist das Geschäftsorgan, die kann das direkt bestimmen und falls natürlich jemand ein Antrag in die Kommission geben möchte, kann man das immer rückwirkend machen mit einem Ordnungsantrag, an eine Kommission verweisen, man kann auch die Kommission, resp. die Aktion, welche die Person, im Rat immer auch begründet, wieso das zuerst an die Kommission soll, also auch wenn das Büro das auch direkt beschliesst, hat man immer noch die Möglichkeit, vor dem Rat vorstellig zu werden.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Das ist mir alles ein bisschen zu schnell gegangen. Zu § 58 nur eine kleine Frage: Es steht, ... müssen sich mindestens zwölf Tage vor Behandlung im Besitz der Ratsmitglieder befinden. Sind da Wochentage gemeint, sind Arbeitstage mit oder ohne Wochenende gemeint? Da haben wir glaube ich schon im Juni ein bisschen ein Problem gehabt. Man könnte sich überlegen, ob man das nicht spezifiziert. Dankeschön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Wir nehmen das mit.

Abschnitt D. III. Vernehmlassungsverfahren

keine Wortmeldungen

§ 60 Verfahren

keine Wortmeldungen

Florian Spiegel, Präsident: Wir haben jetzt ein wenig mehr als die Hälfte gemacht innerhalb einer Stunde. Wir haben nachgeschaut. Es gibt keinen Eintrag im Geschäftsreglement, dass man keine Pause machen darf während der laufenden Beratung. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt Pause machen bis Zehn Vor (19.50 Uhr), damit es noch eine Pause gibt und nicht die Sandwiche vergehen. Damit ist die Sitzung unterbrochen für 20 Minuten.

PAUSE

Florian Spiegel, Präsident: Ich bitte die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die sich noch im Vorsaal befinden, auch wieder zurück zu kommen. Wir fahren weiter mit dem

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Und zwar hat das Wort der Gemeinderat Roman Klauser.

Roman Klausner, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich habe eine Information betreffend eine Motion, die im November 2014 eingegeben wurde von Herrn Häuptli, von Herr Mollat und Frau Misslin. Und zwar betrifft es das Personal. Das ist das Personal- und Besoldungsreglement daahingehend abzuändern, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat jährlich einmal einen Bericht über Veränderungen des Stellenplans des Verwaltungs- und Betriebspersonals gegenüber dem Vorjahr darlegt. Wir haben begonnen, daran zu arbeiten. Das war im September 2015/April 2016 hat man das im Rahmen der Personalsitzungen angeschaut. Dann ist aber gleichzeitig die Reorganisation der Gemeinde, der Gemeindeorganisation gekommen, und dann hat man für den Moment sistiert. Im Januar 2019 ist das Projekt Revision Personal-Besoldungsreglement wieder aufgenommen worden und dort ist das ein Thema. Das heisst wir werden das gleichzeitig mit dieser Revision in Angriff nehmen und schauen, wie was zu tun ist. Das weitere Vorgehen ist, dass wir als nächstes sicher Transparenz schaffen werden im Stellenplan und zwar im Budget wie in der Rechnung werden wir diesen Abschnitt vergrössern und dort noch mehr informieren. So dass wir dann mit der Personal- und Besoldungskommission zusammen einen Weg finden, damit der Einwohnerrat auch richtig informiert ist. Das heisst, im Moment sind wir daran, an diesem Reglement zu arbeiten und werden zu gegebener Zeit wieder darauf zurückkommen. Danke.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Sie haben uns im Frühling eine Motion überwiesen, über die Bildung eines Reglements über die Beiträge für die Vereine in Allschwil und wir haben jetzt da einen kleinen Terminfahrplan vorliegen. Sie sehen auf diesem Zeitplan, wie lange das gehen kann, bis so ein Reglement dann auch tatsächlich in Kraft tritt. Also das heisst, wir haben jetzt begonnen zu arbeiten. Wir haben die Vereine als erstes Mal einbezogen. Jetzt ist eine Kerngruppe an der Arbeit, macht einen Vorschlag, dann kommen die Vereine wieder und können sich wieder dazu äussern und dann geht der ganze politische Prozess mit der Reglementsbildung, mit der Beratung, Beratung im Einwohnerrat los, und dann haben wir es nicht mehr so fest unter Kontrolle, dann muss der Kanton noch sein Statement dazu abgeben und wir rechnen damit, dass es dann im 2021 ein gültiges Reglement geben wird, über die Beiträge an die Vereine. Dies einfach nur so als Zwischenbericht. Selbstverständlich kann der Einwohnerrat auch hier zur gegebenen Zeit wieder Einfluss nehmen. Ich danke.

Florian Spiegel, Präsident: Liegen weitere Informationen des Gemeinderates vor? Wenn nicht, kommen wir zur

FRAGESTUNDE

Ich frage den Rat an, ob es Fragen gibt.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Meine Frage bezieht sich eigentlich auf Folgendes: Momentan wird auf der Neuweilerstrasse eigentlich direkt neben dem Restaurant Rössli, werden Wasserleitungen ersetzt und deshalb ist die Strasse dort aufgerissen. Jetzt ist es sicher den aufmerksamen Dorfbesuchern des Dorfmarktes oder Dorfgeschäften aufgefallen, dass am Wochenende dort plötzlich wieder alles zugeteert war. Diesen Montag, also 9.9.19, wurde die ganze Strasse wieder aufgerissen. Dann haben mich viele Leute gefragt: „Was soll das, was ist da genau die Idee dahinter?“. Meine Fragen sind eigentlich die folgenden zwei: Was war eigentlich genau die Überlegung, dass man da die offene Strasse wieder für ein Wochenende zugeteert hat und jetzt wieder aufgemacht hat? Und was für Mehrkosten sind da eigentlich entstanden?

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das hat man gemacht, um die beiden Anlässe Dorf-Jazz und Dorfmarkt gut über die Bühne zu bringen und vor allem auch unfallfrei. Man ist zuerst davon ausgegangen, dass man das mit Stahlplatten zudecken würde. Man hatte dafür eine Offerte, die belief sich auf 7'500 Franken und die Variante mit dem Teer belief sich auf knapp 5'000 Franken. Aus diesem Grund hat man sich für die zweite, die sauberere Variante entschieden, weil dort auch keine Stolperfallen entstanden sind.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage zum Fluglärm. Seit Anfang Jahr erfolgt der Flugbetrieb im Euro-Airport satellitengesteuert. Und jetzt hat man festgestellt, so hat man es auch in den Zeitungen lesen können, dass bei den Südstarts Allschwil nicht wie vorgesehen entlastet, sondern vielmehr massiv vermehrt belastet wird. Der Grund für diese Mehrbelastung sei, so der Euro-Airport, auf eine unerwartete Südverschiebung der Starts zurückzuführen sei, d.h. Allschwil wie auch Schönenbuch werden vermehrt über- statt umflogen. Jetzt hat der Euro-Airport eine weitere Analyse und Tests in Aussicht gestellt und geht davon aus, dass im Jahr 2020 das Abflugverhalten wieder abgeändert, korrigiert werden könnte. Jetzt meine Fragen: Ist diese

Problematik dem Gemeinderat bekannt? Und zweitens: Wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, dass Abflugverfahren baldmöglichst und nicht erst im 2020 korrigiert werden kann?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank, dass auch diese Einwohnerratssitzung nicht ohne Fluglärmfrage über die Bühne geht. Antwort auf Frage 1: Ja, der Gemeinderat ist sich dessen bewusst. Denn diese Sache ist bekannt und auch hier Antwort auf Frage 2: Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen, damit nicht erst im 2020 irgendwann mal das stattfinden wird. Wir werden bereits Ende September, wir heisst, Gemeindeverbund für Flugverkehr uns mit Herrn Kron treffen, der ist Verwaltungsrat und ihn selbstverständlich auf das Vorgehen ansprechen und auch schauen, was wir machen können, damit das ein bisschen schneller geht.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Ist die Frage beantwortet?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Zum zweiten: Beim Euro-Airport kann man keine vernünftige, menschengerechte verbindliche Nachtflugsperrung machen. Und Allschwil muss immer noch mehr überflogen werden. Das sage nicht ich, das sagt der Schweizerische Bundesrat. Der Flughafendirektor will jetzt Studien machen, wir haben es gerade gehört, statt etwas zu unternehmen. Und im Ärmel hat er den Joker: Paris. Wir sind damit konfrontiert mit einer schwierigen Situation und es ist umso schwieriger, als wahrscheinlich Reden und Schreiben nicht reicht. Darum ist die Idee, die Idee ist geboren am Stammtisch für ein lebendiges Allschwil, von einer Sitzdemo entwickelt worden. *Bitte die Frage* Ich muss doch was sagen dazu. Also, und den Gemeinderat frage ich, was macht der Gemeinderat, was will der Gemeinderat machen, dass Einwohnerinnen und Einwohner wissen, wann es eine Sitzdemo gibt und daran teilnehmen können?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank. Fluglärm zum Zweiten. Ja, das ist nun halt ein bisschen eine Eskalationsstufe, die hier heraufbeschworen wird. Dessen sich auch der Gemeinderat angenommen hat, aber schlussendlich gesagt hat, was unsere Aufgabe ist vordienlich und was auch unsere Möglichkeiten sind, wenn wir solche politischer Natur ausschöpfen. Und daher wird der Gemeinderat aus seiner Sicht eigentlich nichts machen, dass wir das Ansehen verbreiten können, zumal das Ganze ja auch in der Presse diskutiert wird und sicher auch auf diesem Weg Anklang findet oder Anklang finden wird. Darum sieht sich der Gemeinderat nicht in der Position, das überhaupt zu fördern oder auch zu dementieren, sondern das ist nicht die Aufgabe, die der Gemeinderat so wahrnehmen will. Er konzentriert sich auf seine Stärken, die er bereits am Auspielen ist. Und um auch die Glaubwürdigkeit überhaupt weiter zu machen, weil wir im Dialog stehen mit Leuten des Euro-Airports, werden wir diesen Weg so weiterfahren.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe die Antwort verstanden. Ich bin natürlich nicht zufrieden.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Fragen?

Florian Spiegel, Präsident: Das scheint nicht der Fall zu sein, somit machen wir mit dem **Traktandum 4** weiter. Wir sind im Abschnitt E. Sitzungen des Rates, nach dem § 60 stehen geblieben. Es führt weiter durch die Beratung der 2. Vizepräsident.

Abschnitt E. Sitzungen des Rates

keine Wortmeldungen

I. Einberufung und Verhandlungsfähigkeit

keine Wortmeldungen

§ 61 Ratssprache

keine Wortmeldungen

§ 62 Einberufung (§ 17 GG)

keine Wortmeldungen

§ 63 Sitzungstermin

keine Wortmeldungen

§ 64 Sitzungsort

keine Wortmeldungen

§ 65 Einladung (§ 128 GG)

keine Wortmeldungen

§ 66 Präsenz

keine Wortmeldungen

§ 67 Beschlussfähigkeit (§ 19 Abs. 2 GG)

keine Wortmeldungen

Abschnitt E. II. Bereinigung Traktandenliste

keine Wortmeldungen

§ 68 Traktandenliste

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das, was eingefügt werden soll, eben, dass man Traktanden auch noch auf die Traktandenliste mit einem Mehr von 2/3 setzen kann, dass das dem § 57 des Gemeindegesetzes widerspricht und deshalb so nicht aufgenommen werden kann. Und er beantragt Ihnen, dass dies gestrichen wird. Und in diesem Sinne der § 68 unverändert belassen wird. Und zwar ist dies deshalb so, weil alle, die Traktanden müssen ja rechtzeitig zugestellt werden und deshalb kann man nicht ein neues Traktandum aufnehmen in der Sitzung quasi ad-hoc.

Claudia Sigel, Präsidentin KSFVZ: Geschätzter Präsident, geschätzte Jetzt wollte ich endlich einmal was sagen und jetzt streikt das Mikrofon. Also, als Präsidentin dieser Kommission muss ich leider sagen, man muss jetzt einfach dem Gemeinderat folgen. Es geht so einfach nicht rechtlich und wir schliessen uns, wir werden uns vorläufig dem anschliessen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Da würde ich gerne eine Frage mitgeben. Nach dieser Auslegung wäre dann ja auch jede Dringlichkeit aller Geschäfte verboten. Wie wir das heute gemacht haben, müssen die 10-Tagesfristen eingehalten werden. Also können wir in Zukunft gar keine dringlichen Vorstösse mehr eingeben. Besten Dank.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Abschnitt E. III. Sitzungsordnung

keine Wortmeldungen

§ 69 Teilnahme Gemeinderat (§§ 127 Abs. 1, 129 Abs. 3 GG)

keine Wortmeldungen

§ 70 Infenster Gemeinderat

keine Wortmeldungen

§ 71 Beizug Sachverständige

keine Wortmeldungen

§ 72 Öffentlichkeit (§ 53 Abs. 1 i.V.m. § 132 GG)

keine Wortmeldungen

§ 73 Berichterstattung Medien

Etienne Winter, SP-Fraktion: Eine ganz kleine Bemerkung oder eine Bitte: Wir finden, Medienleute ist nicht ganz adäquat. Man sollte sie vielleicht Medienschaffende bezeichnen. Das einfach zum Mitnehmen. Besten Dank.

§ 74 Sanktionen gegenüber Sitzungsteilnehmenden (§ 130 GG)

keine Wortmeldungen

Abschnitt E. IV. Beratung

keine Wortmeldungen

§ 75 Redeordnung

keine Wortmeldungen

§ 76 Eintretensdebatte

keine Wortmeldungen

§ 77 Beratung

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, werde Anwesende. Ich möchte hier einen Antrag stellen. Und zwar geht es darum, dass wenn eine Kommissionsbericht vorliegt, dass man dann in der Beratung von den Anträgen der Kommission ausgehen soll. Das ist der Vorschlag. Warum? Es gibt zwei Aspekte. Der eine ist die Frage der Effizienz und der andere ist auch die Frage der Stärkung der Kommissionen. Eigentlich ist es so, dass die Kommissionen so etwas vorbereiten, das austariert und politisch abgestützt ist und was man im Idealfall so beschliessen kann, wie es die Kommission dem Rat vorschlägt. Und wenn wir dann hier immer vom Bericht des Gemeinderates ausgehen und von seinen Anträgen und dann jedes Mal das Kommissionspräsidium ein Abänderungsantrag stellen muss und das muss dann wieder diskutiert werden, dann ist das nicht wahnsinnig effizient. Und es ist immer so eine gewisse Art Rechtfertigungsbedarf noch vorhanden, der eigentlich gar nicht nötig sein sollte. Man hat ja einen Kommissionsbericht. Und darum denke ich, dass das, so wie es in anderen Parlamenten auch gemacht wird, sinnvoll, dass man davon ausgeht, dass wenn die Kommission eine Vorlage ändert und andere Anträge stellt, dass man grundsätzlich mal davon ausgeht und dann kann man immer noch beschliessen, dass man zu jenem des Gemeinderats zurück geht oder kann einen einzelnen Antrag stellen. Dankeschön.

§ 78 Sachanträge (§ 65 Abs. 1 i.V.m. § 132 GG)

keine Wortmeldungen

§ 79 Ordnungsanträge (§ 65 Abs. 3 i.V.m. § 132 GG)

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat möchte Ihnen den Antrag stellen, dass Sie jeweils hinter dem § 79 Abs. 1 lit. d. - d im Bericht steht eigentümlicherweise eben nicht d, da ist etwas anderes, das soll Sie nicht verwirren, das hat mich schon verwirrt - lit. d. Schluss der Rednerliste beantragen wir Ihnen, dass man dahinter schreibt: vgl. § 81. Und bei lit. e. Rückkommen auf gefasste Beschlüsse vgl. § 82. Damit man gleich sieht, dass das zwei Ordnungsanträge sind, bei denen das qualifizierte Mehr verlangt wird. Das wäre der Antrag.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

§ 80 Schluss der Beratung (§ 64 Abs. 2 GG)

keine Wortmeldungen

§ 81 Schluss der Rednerliste

keine Wortmeldungen

§ 82 Rückkommen

keine Wortmeldungen

§ 83 Zweifache Beratung

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte hier keinen Antrag stellen, denn der Text des Reglements ist soweit gut. Aber ich möchte trotzdem etwas thematisieren. Nämlich die Art und Weise wie wir zwei Lesungen machen bei Gesetzen und Reglementen. Der Witz der zwei Lesungen ist ja an sich, man hat eine erste Lesung, an der man alles berät und beschliesst und bei der zweiten Lesung kann man noch schauen, ob das aufgeht, ob es Sinn macht, und kann dann nochmals auf einzelne Dinge zurückkommen. Das ist eigentlich der Sinn der zwei Lesungen, wie man das überall macht. Wir haben jetzt hier die Usanz, dass wir an der ersten Lesung einfach Anträge präsentieren und dann führen wir vielleicht eine Diskussion oder es wird auch noch ein Antrag gestellt und niemand äussert sich. Irgendwie hängen wir dann immer in der Luft. Auch heute. wir wissen nicht wo wir stehen. Wenn man raus geht, dann ist man eigentlich gleich intelligent wie vorher. Man weiss, es sind gewisse Anträge vorhanden, aber das wussten wir schon, als wir reingekommen sind. Wir wissen nicht, was wir beschlossen haben, was die Stimmung ist, was konkret allenfalls noch abgeklärt werden muss. Und an der nächsten Lesung werden wir dann das Ganze durchpeitschen und haben gar keine Gelegenheit mehr, zu sehen, ob es am Schluss aufgeht, weil wir vielleicht hinten etwas beschlossen haben, das im Widerspruch mit dem steht, was vorne ist. Und ich denke, das sollten wir mal ändern. Dankeschön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wenn ich mir erlaube, auf dieses Votum einzugehen. Ja es steht im Reglement, es finden - ich sage jetzt mindestens - zwei Lesungen statt. Man kann auch drei oder vier daraus machen. Das spielt gar keine Rolle. Das ist jetzt eher ein spezieller Fall, bei dem wir, wie gesagt, vorab, ich nehme eigentlich auch dich an der eigenen Nase, Matthias. Wir haben vorher unsere Anträge eingereicht, wie das die Kommission wollte. Ich glaube, andere haben diese Möglichkeit nicht genutzt. Und lieber wir machen jetzt hier lieber eine Lesung mehr. Dann haben wir wieder eine saubere Sache, die länger hält. Und wir gehen eigentlich davon aus, dass an der ersten Lesung eben diese Anträge kommen, es sind halt viele, sich die Kommission noch einmal die Gelegenheit nimmt alles auseinander zu nehmen, ihre Sache stellt. Und dann, dass eigentlich die bereinigt für die zweite Sitzung. In der zweiten Sitzung haben wir vielleicht dann eben diese Diskussion, aber die Kommission hat schon mal eine Stimmung, man kann die Anträge wieder zurückziehen. Aber eben, damit wir das Rumpeitschen und

Wie, Wo Was nicht haben, dass man das halt diesen Monat haben. Und wenn es noch eine dritte Sitzung benötigt, braucht es eine dritte Sitzung.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Etienne. Es kann nicht sein, dass wir alle Gesetze und Reglemente am Schluss in drei oder vier Sitzungen beraten. Das ist doch nicht der Sinn der Sache. Und auf der anderen Seite muss man auch hier Dinge einbringen können, die nicht in der Kommission waren. Es sind ja, dazu sind wir hier, nicht nur zum Abstimmen sondern auch um noch Dinge einzubringen. Das Problem ist, natürlich kann die Kommission auf die nächste Sitzung auch darüber beraten, was wir heute gesagt haben. Aber sie weiss ja gar nicht, was der Rat beschliessen will. Das hängt doch alles in der Luft. Wir haben jetzt Anträge auf dem Tisch aber was der Rat dazu meint, wissen wir nicht. Bei vielen Anträgen hat man gar nicht viel dagegen gesprochen, wahrscheinlich weil wir heute gar nicht abstimmen. Sonst führt man diese Diskussion gleich zwei Mal und wenn wir uns heute die Klängen kreuzen und nächstes Mal, wenn es ums Abstimmen geht, muss man das noch einmal machen, weil ja alle die Argumente von vorher, von der letzten Sitzung, nicht mehr so präsent haben. Das ist nicht effizient, was wir hier machen. Dankeschön.

Christian Kellermann, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

§ 84 Schlussabstimmung

keine Wortmeldungen

§ 85 Protokoll (§§ 16 Abs. 2, 24, 25 GG, § 9 VOR)

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Wir haben uns erlaubt, mal einen neuen Antrag zu stellen, weil wir sind über 85 Abs. 6 etwas gestolpert. Da heisst es: „Das Protokoll wird für mindestens drei Legislaturperioden von der Gemeindeverwaltung archiviert.“. Wir sind heute, ich gehe gerne selbst nachschauen, was für Vorstösse schon gegangen sind, weil ich nicht gerne doppelt fahre. Ich ziehe lieber die Erkenntnisse aus einem 5-jährigen Vorstoss, was dort verordnet wurde. Wir sehen es nicht gerne, wenn man wieder das Gleiche berät, was man schon vor 5 Jahren hatte. Mittlerweile haben wir auch ein Archiv online und ich, das ist aus der neuen Homepage einigermassen ersichtlich. Man kann alle Sitzungen nachschauen, wo was ist. Einfach nur nach Datum, nicht nach Thema oder so. Und der Wunsch ist eigentlich, dass man das auch festhält im Einwohnergeschäftsreglement, dass das Archiv existiert, weil, wir haben dort ja eigentlich nur die Archivierung der Protokolle. Die sind archiviert, in physischer Form, heutzutage kann man das vielleicht auch digital machen. Und dass man das einfach wertschätzt, dass man das auch hat und das auch unser Recht ist, auf vergangene Vorstösse und Debatten zurückschauen zu können. Das zum Mitgeben für die Kommission.

Abschnitt E. V. Abstimmungen

keine Wortmeldungen

§ 86 Eventualabstimmung

keine Wortmeldungen

§ 87 Abstimmungsregeln

keine Wortmeldungen

§ 88 Namentliche Abstimmung

keine Wortmeldungen

Abschnitt E. VI. Wahlen

keine Wortmeldungen

§ 89 Verfahren (§§ 8 Abs. 1, 9 GG)

keine Wortmeldungen

§ 90 Geheime Wahlen (§ 118 Abs. 2 GG)

keine Wortmeldungen

§ 91 Stille Wahlen

keine Wortmeldungen

§ 92 Ermittlung der Wahlresultate

keine Wortmeldungen

§ 93 Einwände gegen Wahlverfahren

keine Wortmeldungen

§ 94 Wahlverfahren

keine Wortmeldungen

Abschnitt F. Behördenreferendum

keine Wortmeldungen

§ 95 Unterstellung von Beschlüssen unter das Behördenreferendum (§ 121 GG, § 13 GO)

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Werter Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat möchte Ihnen den Antrag stellen und Ihnen beliebt machen, dass der neu eingefügte Abs. 2, in dem es um das Behördenreferendum geht, dass dort, wo die Ratsmitglieder das Behördenreferendum unterstützt haben, dass aus ihrer Mitte Personen bestimmt werden, die dann ihren Standpunkt vertreten. Also jene, die es unterstützt haben und nicht jene, die es beantragt haben. So, wir sehen ein bisschen die Gefahr in der jetzigen oder in der beantragten Formulierung, in welcher eben die Ratsmitglieder wieder sein sollen, die das Behördenreferendum beantragt haben, sehen wir einfach die Gefahr, dass man dann aus taktischen Gründen das Behördenreferendum verlangt, um die eigenen Standpunkte letztendlich publik machen zu können gegen aussen.

Abschnitt G. Publikation

keine Wortmeldungen

§ 96 Publikationspflichtige Ratsbeschlüsse (§ 119 GG, § 5 Abs. 1 VOR)

keine Wortmeldungen

Abschnitt H. Schlussbestimmungen

keine Wortmeldungen

§ 97 Ergänzung

keine Wortmeldungen

§ 98 Aufhebung bisherigen Rechts

keine Wortmeldungen

§ 99 Inkrafttreten

keine Wortmeldungen

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe noch eine Kleinigkeit. Das ist bei dieser Synopse. Ich habe doch teilweise recht Mühe gehabt, dem Ganzen zu folgen und zu sehen, wer hat welchen Antrag gestellt, weil, es steht hier gar nicht geschrieben, wer welchen Antrag gestellt hat. Es wäre toll, wenn man das bei der nächsten ein bisschen gleichstellen kann, damit das Lesen nicht so erschwert wird, das hin und her Blättern. Damit man sieht, wer welchen Antrag gestellt hat. Das wäre toll. Dankeschön.

Claudia Sigel, Präsidentin KSFVZ: Das nehmen wir gerne so auf.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine Verfahrensbitte. Im Hinblick auf die zweite Lesung wäre es günstig, wenn Anträge nicht am Tag der Einwohnerratssitzung erst per Mail eintreffen würden. Sondern wirklich im Dokument enthalten wären. Für die Fraktionssitzung bereits brauchbar. Danke.

Florian Spiegel, Präsident: Vielen Dank für die Inputs. Das Büro hat das auch schon beredet betreffend des Ablaufs dieses Traktandums oder diesem Geschäft. Wir hätten auch noch mit der Kommission Rücksprache genommen und beliebt gemacht, dass man diese Synopse effektiv so anpasst, wie vorher angesprochen. Damit die Kommissionsanträge drin stehen und daneben die Anträge der Parteien oder besser gesagt der Fraktionen, die eingegangen sind, damit man sie für die nächste Lesung hat. Zusätzlich damit die Kommission die heute gestellten Fragen im Rat, wo zum Teil nicht beantwortet sind, aufnimmt und versucht, oder besser gesagt, auf die zweite Lesung hin zu einer Stellungnahme kommt.

Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt zum Traktandum 4, würde ich somit die erste Lesung für abgeschlossen erklären und über die Anträge der KSFVZ und über die anderen Anträge wird in der zweiten Lesung abgestimmt werden.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2019, betreffend

Projekt-EVA; Abschlussbericht

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4477

Florian Spiegel, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. In diesem Fall hat Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli das Wort.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie alle wissen bestens, dass wir am 1. Juli 2017 in Allschwil eine neue Gemeindeorganisation in Kraft gesetzt haben. Das oberste Ziel dieser neuen Gemeindeorganisation war das Strategische vom Operativen zu trennen. D. h. die strategischen Entscheide wirklich auch beim Gemeinderat anzusiedeln und die operativen Entscheide auf der Verwaltungsebene. Damit dies dann letztendlich auch runtergebrochen wird, ist das Projekt EVA - Entwicklung Verwaltung Allschwil lanciert worden. Ein Projekt mit dem Ziel, strategisch und operativ zu trennen. Das Projekt hatte verschiedene Teilprojekte, nämlich sechs Teilprojekte, die dann jeweils projektmässig abgearbeitet wurden. Und zwar im Zeitraum von Mitte September 2017 bis 30. Juni 2018 wurden diese Teilprojekte bearbeitet. Nicht

jedes Teilprojekt wurde gleichzeitig begonnen, z.T. waren sie verschoben, nicht jedes wurde auch gleichzeitig abgeschlossen. Zum Schluss, wie gesagt, Ende Juni 2018, wurden alle Teilprojekte abgeschlossen. Sie finden jetzt den Abschlussbericht vor sich. Den haben wir im Steuerungsausschuss auch besprochen, selbstverständlich, er ist auch durch den Gemeinderat, jetzt haben Sie ihn vor sich. Sie haben gesehen, was da alles gemacht wurde. Der Gemeinderat, denke ich, ist zufrieden mit dieser Arbeit, die geleistet wurde. Ich darf aber bei dieser Gelegenheit gleich sagen, ganz am Ziel sind wir noch immer nicht. Weil das ist halt einfach eine ständige Aufgabe, an welcher jetzt auch der Gemeinderat und die Verwaltung arbeitet.

Was heisst denn nun in der Praxis ganz konkret es ist strategisch? Was heisst konkret es ist operativ? Es ist immer so einfach gesagt, aber da sind wir am Üben. Schauen auch auf das weitere Folgeprojekt, mit dem Titel Rollenwahrnehmung. Dort sind wir auch wieder zusammen mit dem Gemeinderat und auf oberster Ebene mit der Verwaltung an der Arbeit. Ich denke wir sind auf einem guten Weg und wir kommen auch gut vorwärts. Ich bitte Sie, diesen Bericht wie vorhanden zur Kenntnis zu nehmen.

Florian Spiegel, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der SP haben diesen Bericht gelesen und für uns sind noch gewisse Fragen offen. Insbesondere der einzelne Betrag, der drin steht, von 360'000 Franken. Dann die Zeit, bei der es geheissen hat, es seien durchschnittlich 3,6 irgendeine Abkürzung (FTE). Wir gehen davon aus, dass das 3,6 Stellen, also 100%-Stellen, die in diesem Zeitraum benutzt worden sind. Wir haben dort noch Fragen, aber wir werden das nicht hier diskutieren. Wir werden das in Form einer Interpellation eingeben. Merci.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich möchte nur schnell etwas dem Gemeinderat mitgeben. Beim Teilprojekt Neuausrichtung der Gemeinderatsarbeit, Seite 15, wurde aufgezeigt, nach welcher Priorisierung gewisse Entscheide getroffen wurden. Ich glaube, als Ihr das ausgearbeitet habt, das ist schon längere Zeit her, mittlerweile ist ziemlich viel passiert. Ich sehe, dass die zweitletzte Priorisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Umweltaspekte ist. Ich möchte den Gemeinderat bitten, dies wieder rauf zu schieben oder wirklich nicht mehr zu priorisieren. Dankeschön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist vielleicht noch wichtig zum Verständnis, dass die Ziffern vorne her 1., 2. 3. nicht die Priorisierung sind. Es ist lediglich eine Auflistung. Man hätte auch keine Zahl davor setzen können. Nicht, dass das falsch verstanden wird. Es ist nicht so, dass ökologische Nachhaltigkeit Umweltaspekte an zweitletzter Stelle steht. Sondern das ist einfach die Auflistung und hat nichts mit der Priorisierung oder Wichtigkeit zu tun.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herzlichen Dank, das höre ich sehr gerne und jetzt steht das auch im Protokoll. Danke.

Florian Spiegel, Präsident: Ich stelle keine weiteren Wortmeldungen fest. Ich frage, ob zusätzliche Artikel oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4477 abgeschlossen ist und wir würden zu den Anträgen des Gemeinderates kommen.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates, Seite 3, gemäss dem Bericht 4477. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Der Einwohnerrat nimmt den „Abschlussbericht EVA - Entwicklung Verwaltung Allschwil“ zur Kenntnis. Wer dem folgen möchte, soll das mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Somit sind Sie einstimmig dem Antrag des Gemeinderates gefolgt.

Ich komme zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft als Ganzes als abgeschlossen erklären möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Keine.

://: Damit ist dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

Wir kommen zum Traktandum 6.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, betreffend
Anschaffung von ICT-Geräten an der Primarstufe Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4478

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an: Ist Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. In diesem Fall hat das Wort für die Ausführungen Gemeinderat Thomas Pfaff.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht um die Fragestellung Kaufen oder Mieten. Ich erkläre Ihnen das an einem ganz anderen Beispiel. Die meisten von Ihnen besitzen ein Auto. Sie haben es gekauft. Sie haben erst den Kaufpreis bezahlt, dann haben Sie einen Defekt und gehen in die Garage, machen das Portemonnaie auf, dann ist Wartungszyklus fällig, machen Sie das Portemonnaie auf, es gibt eine Reparatur, Sie machen das Portemonnaie auf, dann kommt der Winter, da brauchen Sie noch Winterpneus und Sie machen wieder das Portemonnaie auf. Oder Sie machen es so wie der Gemeinderat Pfaff. Der fährt ein Auto, das er gemietet hat. Das erkennt man daran, dass es in Allschwil eine Nummer hat AI wie Allschwil und ich bezahle einen Monatspreis und der Pneuwechsel funktioniert bei mir so, irgendwann ist er plötzlich gemacht. Ich bekomme das gar nicht mit. Mieten kann man nicht nur Autos, mieten kann man auch Tablets und in diesem Sinn ist der Vorschlag, dass man sie, Sie haben es gesehen im Bericht, zum selben Preis, anstatt wir jährlich eine Dritteltranche kaufen, und in drei Jahren dann die 600 Tablets haben, zum selben Preis können wir sie einfach mieten. Und entsprechend alle drei Jahre, wenn sowieso ein Tablet alle drei vier Jahre fällig ist zum Ersetzen, alle drei Jahre gibt es einfach wieder neue. Und wir bezahlen konstant ein Mietpreis und haben keine Sorgen. Wenn eines defekt ist, wird es vom Lieferanten ersetzt. Diese Lösung, die hier die Schulleitung ausgearbeitet hat, die hat den Gemeinderat überzeugt und der Gemeinderat möchte Ihnen beantragen, dass wir wegkommen von der ursprünglichen Idee, dass wir jährlich 200 beschaffen und dann in drei Jahren dann soweit sind, dass wir den vollen Bestand, den wir haben wollten, auch hätten. Sondern, dass wir wechseln zur Mietlösung und dadurch auch befreit sind von irgendwelchen Folgekosten. Alle weiteren Details haben Sie dem Bericht entnommen. Wenn Fragen bestehen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Florian Spiegel, Präsident: Somit wäre die allgemeine Beratung eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Es gibt in diesem Bericht zwei positive Aspekte und ein kritischer. Der erste positive Aspekt ist, dass Allschwil jetzt für die Primarschule für ICT-Anwendung ein Konzept hat. Letztes Mal ist das nämlich nicht der Fall gewesen, als wir einen Kredit bewilligt haben. Ich habe mich damals nicht ins Zeug gelegt, weil ich den Schulleiter quasi nicht kritisieren wollte. Aber ich stelle jetzt mit Freude fest, dass es jetzt ein Konzept gibt. Das Zweite hat schon Gemeinderat Pfaff erwähnt, das ist diese Lösung mit Mieten inkl. Service und Unterhalt. Das finde ich die einzig richtige Lösung. Service und Unterhalt ist nämlich gerade im ICT-Bereich gar nicht, vor allem auch nicht im schulischen Kontext nicht zu unterschätzen. Der kritische Aspekt ist, dass wir uns auch in der Fraktion fragten, muss man denn bei der Digitalisierung alles immer im grossen Stil mitmachen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Sprachlaborwelle. Es hat einmal eine Sprachlaborwelle gegeben an der Sekundarschule. Die sind ziemlich stillgelegt oder gar nicht mehr vorhanden. Ich prophezeie jetzt nicht, dass es mit der Digitalisierung ähnlich vorgehen wird. Aber in diesem Zusammenhang möchte ich einfach ein Beispiel erwähnen: Australien hat für 1,4 Milliarden Infrastruktur in die Digitalisierung für die Schulen investiert und das alles wieder stillgelegt. Weil, die Digitalisierung ist vor allem, das ist meine persönliche Meinung, eine Geschäfts- und Machtfrage und weniger Bildungsfrage. Also in diesem Zusammenhang habe ich eine Frage: Thomas Pfaff, habe ich das richtig verstanden, nicht dass das jetzt auf drei Jahre befristet ist, und der Einwohnerrat in drei Jahren wieder neu darüber muss beschliessen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Dankeschön für die Frage. Ich greife erst auf, das Sprachlabor. Auch ich habe zu meiner Zeit diese Sprachlabors kennen gelernt. Und ja, sie sind verschwunden. Das genau aber spricht für die Mietlösung. Weil mit der Mietlösung binden wir uns für drei Jahre und können nachher wieder auch anders entscheiden. Das ist nicht nice to have, sondern das ist eine Konsequenz daraus, dass in der Zwischenzeit Unterrichtsmaterialien so abgestimmt sind, dass es eben auch Elemente gibt von diesen Schulunterlagen, bei denen man dann eben ein Notebook oder ein Tablet benötigt. Das ist

genau der Grund, warum wir das anschaffen. Jetzt zur Frage: Nein, gemäss dem Beschluss, beschliessen sie den Start und nehmen zur Kenntnis, dass es im künftigen Budget drin ist. Die Verpflichtung ist für drei Jahre und ab dem vierten Jahr kann man es wieder diskutieren. Aber wenn dann von Ihrer Seite, also wenn von unserer Seite, wenn man merkt, man müsste etwas ändern, eben, die Sprachlaborzeit ist vorbei, man braucht was anderes, oder wenn von Ihrer Seite nicht ein Antrag käme, dass etwas geändert werden müsste, dann würde es auch im vierten, fünften, sechsten Jahr weitergeführt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Das mit dem Auto Mieten ist nicht so einfach. Wenn Du Dein Auto in eine Wand fährst. Dann stehst Du nicht am nächsten Morgen auf und es ist repariert. Da kommt die Schuldfrage und und und. Das ist ein anständiges Hin und Her. Und hier reden wir doch über 83'000 Franken. Ich finde es ein extrem schwieriges Thema. Aber es lässt sich ja nicht verhindern. Die Frage stellt sich einfach, wie gehen wir mit dem Ganzen um. Der Traum von Bill Gates war ja, a computer for every home. Das hat er ja wahr gemacht. Ich rechne sogar damit, dass eine dreiköpfige Familie mindestens drei bis fünf Geräte hat, internettaugliche Geräte hat. Wenn wir schon nur davon ausgehen, dass jedes ein Handy oder ein Smart Phone, einen PC, ein Tablet usw. hat. Da müssten wir uns eher überlegen, ob wir den Kindern nicht besser beibringen, ohne diese Geräte zurecht zu kommen. Das Argumentarium, welches ich hier drin gelesen habe, des Gemeinderates, habe ich ein bisschen als schwach empfunden. Ein Punkt war, dass unsere Kinder, unsere Schüler hier den Umgang mit den neuen Medien kennen lernen müssen. Ich glaube unterdessen machen die Kinder den Lehrern vor, wie so ein Gerät funktioniert. Deshalb müssen ja auch die Lehrer ausgebildet werden. Auf Lehrpläne reagieren. Diese Geräte sind auf drei Jahre fest gemietet. Wenn sich nächstes Jahr der Lehrplan ändert, dann werden wir sicher nicht 600 Geräte erhalten. Das wird sicher auch etwas dazu kosten, wenn ich dann anschau, Millefeuille MMG, Mathematik.... dafür brauchen unsere Kinder diese Geräte einfach nicht. Ich habe bei den Schülern nachgefragt, nein, sie brauchen sie nicht. Der neueste Trend für Kinder, die Wörter lernen müssen, vor allem in der Sekundarschule, das ist das App das Quizzlet heisst. Das heisst, dort hat man, früher haben wir Kärtchen geschrieben, auf Vorder- und Rückseite, dies macht nun dieses App. Man muss es eintragen und dann kann man es so lernen. Aber in der Primar lernen sie ja keine Wörter. Ja, Schreiben erst recht nicht. Nach dem Lehrplan ist das so. Ausserdem verwöhnen wir ja unsere Kinder mit diesen 600 Geräten und weil ganz einfach in der Sekundarschule über der Strasse kommen sie wieder auf den Boden zurück, weil dort wird wieder Stift und Papier gebraucht, weil sie solche Dinge nicht so extrem zur Anwendung haben. Sie können ein paar Laptops im Laptopraum nutzen, allenfalls vielleicht sogar mitnehmen. Aber eben, wie schon anfangs erwähnt, es lässt sich ja nicht verhindern. Wir könnten, wir würden den Antrag auch unterstützen, aber eigentlich mit folgender Bedingung: Wir würden gerne einen jährlichen Bericht erhalten, wie oft wurden diese Geräte eingesetzt? Wofür wurden die Geräte überhaupt gebraucht? Wie viele Geräte wurden nach Hause mitgenommen, wie viele Schadensfälle sind daraus entstanden und wie viele Male mussten ausgetauscht werden? Wie viele Male mussten man etwas draufzahlen? Dann könnten wir sagen, ja gut, wir schauen uns das an als drei Jahresphase und anschliessend können wir entsprechend darauf reagieren. Ich will aber keinen Antrag auf das Ganze stellen, wenn der Gemeinderat zustimmt, und sagt, er gibt uns Ende nächstes Jahr mal einen Bericht darüber ab, das würde völlig ausreichen. Danke.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Immer schön, wenn man das Wort erhält, wenn man es gar nicht möchte. Nein, diese Zusage macht der Gemeinderat nicht. Aber ich gebe einen kleinen Tipp. Der Gemeinderat kann sich gegen Interpellationen wieder wehren.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Zu meinen Vorredner: Die Digitalisierung ist ein Fact und wird sicher nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es ist unsere Aufgabe, unsere Kinder auf diese Weise zum Zugang zu bringen, eben auch wie sie für die Bildung genutzt werden können und nicht nur zum Spielen. Dass es ein natürlicher Umgang mit diesen Geräten und der Nutzung dieser Digitalisierung. Was bei uns hier im Rat würde ich sagen, nicht einmal die Hälfte noch nicht auf diese Art erlebt hat, ich inklusive. Wir haben die Möglichkeit, zum Preis von diesen 600 Geräten, diese zum selben Preis mieten zu können. Damit erhalten wir sozusagen auch ein Sorglospaket. Service ist inklusive, wenn ein Gerät beschädigt ist, wenn es nicht grobes Verschulden ist, wird es ersetzt und auch die Software aktualisiert. Ein weiterer Vorteil ist, dass wir diese Geräte nicht in Etappen anschaffen müssen, sondern dass sie alle gleichzeitig kommen, dass alle mit denselben Geräten arbeiten. Das ist auch für die Lehrer einfacher, als wenn sie dann schauen müssen, wer hat welches Gerät und verschiedene Instruktionen geben müssen. Wir von der FDP unterstützen das Vorgehen des Gemeinderates und sind für die Miete dieser Tablets.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich war gerade etwas verduzt, weil die SVP hier gerade eine Grundsatzdiskussion begonnen hat, wieso wir das überhaupt benötigen. Ich habe das Archiv geöffnet. 2013 haben wir einstimmig angenommen, dass wir

auf diesen Weg gehen. Im April mit einer Enthaltung abgeschlossen. Der Lehrplan 21 meinte ich, das sei ein Volksentscheid gewesen. Das heisst die Bevölkerung wollte, dass wir das machen. Jetzt zählt der Volkswille doch nichts. Für die SP ist klar, wir wollen das, und die Lösung, die wir hier haben, mit der Mietlösung, gerade für das Supportwesen, ist super, weil die Lehrer können das nicht machen. Handkehrum würde das heissen, wir müssten mehr Stellenprozent auf unserer Gemeinde akquirieren und das ist glaub ich auch nicht der Sinn. Auch für dich, Henry. Besten Dank.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Werte Anwesende, geschätzter Etienne. Wir sind nicht dagegen. Wir wollen es einfach kontrolliert haben. Und in den letzten paar Jahren, in den letzten fünf Jahren änderte sich die Zeit und es ändern sich auch Meinungen. Dankeschön.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur ganz kurz etwas sagen zum Votum von Herrn Vogt, mit dem Verwöhnen der Kinder. Wenn sie nachher in die Sek übertreten und dann wieder den Stift hervorholen... Ich nehme an, Ihr habt es auch gelesen, ab dem Schuljahr 2020/21 werden Sekundarschule 1. Klasse flächendeckend mit iPads ausgerüstet. Dankeschön.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte nur etwas sagen zu der Geschichte ob wir mieten oder kaufen. Ich finde die Lösung mit Mieten sehr gut, weil wir können sie nach drei Jahren zurückgeben und dieser Händler oder diese Firma, was auch immer, welcher sie zurück nimmt, wird höchstwahrscheinlich dafür sorgen, dass diese Tablets weiterverkauft werden. Wenn wir sie kaufen und sie sind nach drei Jahren veraltet, dann möchte ich nicht wissen, was mit diesen Tablets passiert. Das Ganze hat auch einen Umweltaspekt. Besten Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage an, ob der Rat zusätzliche Artikel oder eine abschnittsweise Beratung wünscht. Ich stelle fest, das ist nicht der Fall und die Beratung über das Geschäft 4478 daher abgeschlossen ist. Somit gehen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

Abstimmung über die Anträge Seite 5 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat bewilligt die Miete von ca. 600 Tablets für die nächsten drei Jahre bei einem Mietpreis von ca. CHF 82'836.- pro Jahr

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Damit haben Sie diesen **1. Antrag** einstimmig angenommen.

2. Der jährlich wiederkehrende Mietbetrag von ca. CHF 82'836.- wird jedes Jahr im ordentlichen Budget aufgeführt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie dem **2. Antrag** auch einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes als erledigt abschreiben möchte, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Keine.

://: Damit ist dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

Florian Spiegel, Präsident: Es ist Zehn vor Neun, aber ich bin so frech und mache noch das Traktandum 7, damit wir auch den hinteren Traktanden noch gerecht werden.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 14.08.2019, zum Postulat von Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 23.01.2019, betreffend Toilettenanlage beim Schiessstand Mühlerain/Plumpi während den Sommer- und Herbsttagen öffentlich zugänglich zu machen
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4438 / A

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit hat das Wort Robi Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es freut mich sehr, dass der Gemeinderat diese Chance erkannt hat und sich diesem Postulat eigentlich gleich wohlwollend angenommen hat. Wir sind entsprechend zum Schluss gekommen, dass wir in der Region Plumpi Schiessstand ein öffentliches WC anbieten sollten, und zudem das nicht nur ein halbes Jahr, sondern das ganze Jahr offen zu lassen. Wenn kein grosser Gegenwind entgegenkommt und Sie das so entgegennehmen würden, würden wir das auch bald umsetzen. Besten Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Damit wäre die allgemeine Beratung eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine Anschlussfrage, welche ich stellen möchte. Was ist mit anderen öffentlichen Toiletten in Allschwil? Gibt es da auch Bewegung?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Ueli Keller. Es ist jetzt eigentlich die gute Situation, dass wir bereits heute wissen, dass es immer mehr öffentliche WC geben wird. Nachdem wir ja früher ein bisschen zurückgestutzt wurden, als wir die Umfragen gemacht haben in den Restaurants. Das ist misslungen, d.h. wir werden nicht in den Restaurants die öffentlichen WC anbieten, sondern das nächste wird in den Wegmatten sein. Dort werden wir ein öffentliches WC anbieten und das übernächste dann am Lindenplatz. Und dann, so geht der Gemeinderat davon aus, zusammen mit dem Wasserturm, wo ja heute schon ein öffentliches WC vorhanden ist, haben wir eine genügende Dichte von öffentlichen Toiletten in Allschwil.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP begrüßen grundsätzlich auch, dass die Toilettenanlagen dort öffentlich werden. Wir haben aber eine kleine Frage, das sind die jährlich wiederkehrenden Reinigungskosten, die uns doch relativ hoch erscheinen mit 36'444 Franken. Da hätten wir einfach gerne eine kurze Begründung, wieso diese so hoch sind.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für die ergänzende Frage. Die hohen betrieblichen Kosten pro Monat entstanden dadurch, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass man sie mindestens täglich kontrollieren muss und eventuell sogar reinigen muss. Und unter der Annahme dieses häufigen Reinigungsintervalls wurden die 3'037 Franken pro Monat geschätzt. Die Wirklichkeit wird es dann zeigen, ob man das Intervall auch reduzieren kann.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Präsident. Auch wir sind der Meinung, es ist doch ein anständiger Batzen, den wir hier ausgeben wollen. Der Kreislauf mit den WC haben wir ja schon hinter uns. Gewisse von uns haben das schon durchgemacht. Bei der Kirche gab es ein öffentliches WC, ist geschlossen worden. Lindenplatz hatte ein öffentliches WC, wurde geschlossen. Dieses soll jetzt wieder geöffnet werden. Der Plumpi hinten wollen wir 50'000 Franken ausgeben für ein öffentliches WC. Dann wiederkehrende rund 40'000 Franken. Das ist doch viel Geld und das sind nur die Reinigungskosten. Da muss ja jeden Morgen ein Gemeindemitarbeiter hingehen oder fahren, das WC öffnen und abends wieder hinfahren, um es abzuschliessen, damit er am Morgen wieder hinfährt. Ich gehe davon aus, diese Kosten sind nicht mit eingerechnet. Es wäre schön auch dort wieder, jetzt komme ich sicher wieder mit der Interpellation, damit wir dort eine Statistik vorab schon mal vorbereiten könnte um zu erheben, um zu sehen, wie oft es wirklich genutzt wird. Dann ob man sich denn nicht vielleicht Gedanken machen muss, um dort hinten nicht doch nur halbjährlich geöffnet lassen soll oder allenfalls zwei toitoi WC hinzustellen. Diese werden so wie das Auto von alleine gereinigt und sicher günstiger als 50'000 Franken. Dankeschön.

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke für die ergänzende Frage. Aber die Mitarbeitenden der Gemeinde haben bereits schon weitergehende Überlegungen gemacht und werden die Schliessung dieses WC elektrifizieren, d.h. man wird das ferngesteuert öffnen und schliessen können. Es wird also über Nacht geschlossen werden und zum Zweiten wird man auch prüfen und auswerten können, wie oft es genutzt wird. Und diese Erkenntnis werden wir wiederum nutzen, um die Entscheidung zu fällen, ob es auch im Winter zu welchen Zeiten geöffnet sein soll. Also glauben Sie mir, man sollten da einsteigen und diese Möglichkeit anbieten und ich bitte Sie, dem zuzustimmen, damit wir das wagen können, dies zu starten.

Florian Spiegel, Präsident: Dann hoffen wir nur, dass die Schüler dann mit ihren neuen Tablets nicht auf die Schliessanlage zugreifen können.

René Imhof, AVP-Fraktion: Ja auch von meiner Seite guten Abend. Wir finden das toll, dass diese WC hingestellt werden und man dort Notdurft entrichten kann. In der Vergangenheit hat man immer wieder feststellen müssen, dass diese WC von Vandalen etc. beschädigt wurden. Was macht man dagegen? Ein weiterer Punkt ist die elektronische Schliessung. Aber was, wenn einer auf dem Häuschen sitzt und die Zeit überschreitet und dann wird es geschlossen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Fragen. Es ist so, dass selbstverständlich der Austritt aus dem WC jederzeit möglich ist während 24 Stunden, schon aus Sicherheitsgründen. Das ist gewährleistet. Aber selbstverständlich, glaube Sie mir, die Vandalenakte sind in Allschwil ein grosses Problem. Ich habe gerade gelesen, dass bei diesem Schulhaus letzte Nacht solches verübt wurde. Aber das haben wir nicht im Griff. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Ich denke wir müssen trotzdem uns nicht davor verschliessen und ein WC eröffnen.

Florian Spiegel, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, dann stelle ich fest, dass die allgemeine Beratung beendet ist. Ich frage den Rat an, ob zusätzliche Artikel oder abschnittsweise Beratung gewünscht werden. Das ist nicht der Fall. Damit betrachte ich die Beratung des Geschäfts 4438 als abgeschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates auf Seite 4: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 1. Das Postulat, Geschäft 4438, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmt, soll das mit Karte bezeugen. Enthaltungen? Gegenstimmen?

://:

In diesem Fall haben Sie diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft. Wer dieses Geschäft als Ganzes als erledigt betrachten möchte soll das mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Damit haben Sie dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

Bevor ich die Sitzung schliesse, möchte ich gerne noch Herrn Etienne Winter das Wort erteilen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Sie haben es zu Beginn der Sitzung gehört, auf unserer Seite hat heute wieder jemand seine letzte Einwohnerratssitzung, unter uns Genossen, das ist Lukas Hess. Er ist hat er gesagt, zurückgetreten aus familiären Gründen, es ist Nachwuchs da, und wir möchten Dir seitens der Fraktion ganz herzlich danken mit einer Flasche Wein, ein lokaler Tropfen, selbstverständlich ein Roter, aus Prinzip, und für Deine Frau Sarah noch einen Blumenstraus zum nach Hause bringen. Besten Dank. Merci.

Florian Spiegel, Präsident: Es ist Zwei vor Neun und ich erkläre die Sitzung als geschlossen.

ENDE DER SITZUNG 20.58 UHR